Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit

IAB-Forschungsbericht 10/2010

Aktuelle Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Erweiterte vertiefte Berufsorientierung

Überblick, Praxiserfahrungen und Evaluationsperspektiven

Peter Kupka
Melanie Wolters

Erweiterte vertiefte Berufsorientierung

Überblick, Praxiserfahrungen und Evaluationsperspektiven

Dr. Peter Kupka (IAB)
Dr. Melanie Wolters (BA)

Mit der Publikation von Forschungsberichten will das IAB der Fachöffentlichkeit Einblick in seine laufenden Arbeiten geben. Die Berichte sollen aber auch den Forscherinnen und Forschern einen unkomplizierten und raschen Zugang zum Markt verschaffen. Vor allem längere Zwischen- aber auch Endberichte aus der empirischen Projektarbeit bilden die Basis der Reihe.

By publishing the Forschungsberichte (Research Reports) IAB intends to give professional circles insights into its current work. At the same time the reports are aimed at providing researchers with quick and uncomplicated access to the market.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung 4

Abstract 4

1 Einleitung 5

1.1 Zur Notwendigkeit der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung 5

1.2 Gesetzesgrundlagen 6

1.3 Zielsetzung und Ausgestaltung der vertieften Berufsorientierung 6

1.4 Vertiefte Berufsorientierung – eine Versicherungsleistung aus dem Aufgabenkatalog der Bundesagentur für Arbeit? 7

2 Zielsetzung des Papiers 9

2.1 Annäherung an ein neues Betätigungs- bzw. Forschungsfeld 9

2.2 Wissenschaftliche Einordnung zum Übergang von Jugendlichen 11

3 Beschreibung der Projekte 14

3.1 Empirische Basis und ausgewählte quantitative Ergebnisse 14

3.2 Die häufigsten Maßnahmeelemente, ihre Zielsetzungen und Verortung 14

4 Praxisberichte 17

4.1 Grenzen der Auswertbarkeit aufgrund heterogener Berichte 17

4.2 Beschreibung ausgewählter Projekte und ihrer bisherigen Ergebnisse 18

4.2.1 Leuphana Sommerakademie 18

4.2.2 Aktionsprogramm zur Eingliederung von benachteiligten Jugendlichen am Übergang Schule – Ausbildung – Beruf 20

4.2.3 BRAFO - Berufswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren 23

4.2.4 Komm auf Tour – meine Stärken, meine Zukunft 25

4.2.5 14plus – Gesellschaftliche und berufliche Integration von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien 27

4.2.6 SKATinG 28

4.2.7 Zukunftscamp – FUTURE NOW 2008 30

4.3 Grenzen dieser Studien 31

4.4 Beschreibung weiterer Evaluationsvorhaben 32

4.4.1 AQB 1 - ein Beispiel für Evaluation nach wissenschaftlichen Standards 32

4.4.2 Laufende Evaluationen 36

5 Ausblick: Perspektiven einer Evaluation von (erweiterter) vertiefter Berufsorientierung 38

5.1 Grundlagen der Evaluation 38

5.2 Empfehlungen für ein Evaluationskonzept 41

5.3 Evaluationskonzepte ausgewählter Maßnahmen 44

5.3.1 Berufsstart Plus 45

5.3.2 Berufsorientierungscamps 47

5.3.3 Duales Orientierungspraktikum – Studienorientierung schaffen 51

6 Bewertung, Einordnung und Zusammenfassung der Befunde 54

Literatur 56

Zusammenfassung

Der vorliegende Forschungsbericht befasst sich mit den Maßnahmen der vertieften bzw. erweiterten vertieften Berufsorientierung und den Möglichkeiten ihrer Evaluation. Die (erweiterte) vertiefte Berufsorientierung wird vielerorts angeboten, um Jugendlichen den Übergang in Ausbildung zu erleichtern. Die Analyse einer Abfrage innerhalb der Bundesagentur für Arbeit zeigt, dass die Maßnahmen außerordentlich heterogen sind und recht unterschiedliche Ziele verfolgen. Einige dieser Maßnahmen und die Ansätze ihrer wissenschaftlichen Begleitung werden vorgestellt. Es zeigt sich, dass diese Studien als Praxisberichte wertvoll sind, aber den Ansprüchen an eine wissenschaftliche Evaluation nicht genügen. Im weiteren Verlauf werden daher laufende Evaluationsprojekte dargestellt, es wird ein Konzept für weitere Evaluationen entwickelt, das wissenschaftlichen Standards entspricht, und es werden Konzepte für die Evaluation einzelner Maßnahmetypen vorgestellt, die seit Sommer 2010 in Nordrhein-Westfalen und Thüringen in der Umsetzung sind. Der Bericht schließt mit dem Vorschlag, in Zukunft weniger einzelne Maßnahmen oder Maßnahmetypen zu evaluieren, sondern sich darauf zu konzentrieren, was in einzelnen Schulen, Orten oder Regionen an Angeboten vorhanden ist und wie diese zusammenwirken.

Abstract

The current research report deals with intensified and extended intensified vocational guidance measures and the possibilities of evaluating them. (Extended) intensified vocational guidance is offered in many places to help young people in their transition to training. The analysis of a survey within the Federal Employment Agency showed that these measures are extremely heterogeneous and pursue very differing goals. The report presents some of these measures and the approaches used in accompanying research. It becomes apparent that, while these studies are valuable as practical reports, they do not meet the demands of scientific evaluation. For this reason, current evaluation projects are then outlined and a concept for further evaluations that meet scientific requirements developed; furthermore concepts for the evaluation of individual types of measures that have been implemented in North Rhine-Westphalia and Thuringia as of summer 2010 are presented. The report concludes by making the suggestion that less individual measures or types of measures are evaluated in future but rather that one concentrates on the offers that are available in individual schools, communities or regions and how these interact.

1 Einleitung

1.1 Zur Notwendigkeit der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung

Jugendliche müssen heutzutage zum Ende ihrer Schulzeit eine bedeutsame Orientierungs- und Entscheidungsleistung erbringen. In unserem dynamischen Bildungs- und Beschäftigungssystem entstehen fast wöchentlich neue Ausbildungsgänge, Studienangebote, Berufe und Tätigkeitsfelder. Der Zuwachs an Entscheidungsmöglichkeiten stellt aber auch erhöhte Anforderungen an die Orientierungs- und Entscheidungskompetenz junger Menschen. Aus diesem Grund bedürfen Schülerinnen und Schüler heute auch einer intensiveren Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf als noch vor wenigen Jahren.

Auch in der die Statistik finden sich Indizien für einen Bedarf an Berufsorientierung und Berufswahlbegleitung: Im Jahr 2008 brach etwa jeder fünfte Studierende sein Studium endgültig ab und unter den Auszubildenden lösten ca. 20 Prozent ihren Vertrag vorzeitig auf. Einer von vielen Gründen für solche Ausstiege kann in der unzureichenden beruflichen Orientierung im Vorfeld gesucht werden.

Besonders schwierig gestaltet sich der Übergang von der Schule in den Beruf für die Leistungsschwächeren. Schon seit Jahren verweist das BIBB in seinen Veröffentlichungen in diesem Zusammenhang auf den mit rund 15 Prozent viel zu hohen Anteil junger Menschen, der ohne Berufsausbildung bleibt. Dabei verursacht vor allem ein fehlender Schulabschluss das Scheitern bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Angesichts der beträchtlichen Arbeitsmarktrisiken dieser Personen und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels ist ein solches Übergangsproblem sozial und wirtschaftlich unverantwortlich. In diesem Kontext verspricht die vertiefte Berufsorientierung als primärpräventives Instrument zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel ein hohes Potenzial. Vor allem mit Blick auf den demografischen Wandel, der die Zahl der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen in den kommenden Jahren deutlich zurückgehen lässt, kann es sich die Bundesrepublik nicht leisten, auf größere Anteile aus dem kleiner werdenden Pool möglicher Auszubildender zu verzichten.

Neben dieser zunächst eher quantitativen Betrachtungsweise gesellen sich zahlreiche qualitative Aspekte: Aus Evaluationsberichten zu Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung ist bekannt, dass Schülerinnen und Schüler ohne eine solche Maßnahmeteilnahme selbst ein Jahr vor Schulentlass oft keinerlei Berufsideen entwickelt oder konkretisiert haben. Dementsprechend fehlen ihnen die „gedankliche Laufrichtung“ sowie die motivationale Kraft in der Schulabschlussphase, die ein berufliches Ziel vor Augen meist mit sich bringt (vgl. Schweer 2007). Ferner verfolgen auch einige Jugendliche Berufswünsche, die aus persönlicher oder qualifikatorischer Sicht unrealistisch sind. Solchen Aspekten ließe sich mit (verbesserten) Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung begegnen.

Die Zielsetzung jener Maßnahmen ist die Erhöhung der Berufswahlkompetenz Jugendlicher, um den Orientierungs-, Entscheidungs- und Handlungsprozess während der Berufswahl zu fördern und damit instabilen oder gar falschen Entscheidungen entgegenzuwirken. Die (erweiterte) vertiefte Berufsorientierung ist somit als Ergänzung zum vorhandenen Dienstleistungsangebot der Arbeitsagenturen und den durch Schulen durchzuführenden Teil der Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung konzipiert. Sie sollen Jugendlichen einen vertieften Einblick in die Berufs- und Arbeitswelt ermöglichen und sie damit besser auf die Berufswahl vorbereiten.

1.2 Gesetzesgrundlagen

Formal-juristisch betrachtet ist die Berufsorientierung eine gesellschaftliche Aufgabe, die per Gesetzgebung den Agenturen für Arbeit anvertraut wurde. Mit Inkrafttreten des Job-AQTIV-Gesetzes im Januar 2001 und dem dadurch eingeläuteten Paradigmenwechsel hin zu einer aktiv-präventiven Arbeitsmarktpolitik wurde durch das Instrument der vertieften Berufsorientierung die Möglichkeit eröffnet, die Orientierungs- und Begleitungsintensität während der Berufswahlphase für Schülerinnen und Schüler zu erhöhen. Seitdem steht neben der allgemeinen Berufsorientierung, die in § 33 SGB III Satz 1 und 2 beschrieben ist, die vertiefte Berufsorientierung nach § 33 SGB III Satz 3 bis 5. Darüber hinausgehend wurde mit dem 1.10.2007 die so genannte erweiterte vertiefte Berufsorientierung nach § 421q SGB III bestimmt, die zunächst modellhaft bis zum 31.12.2010 erprobt wird. Die Unterschiede zwischen den drei bestehenden Angeboten zur beruflichen Orientierung liegen also vor allem in deren Tiefe, Dauer und Intensität.

Die vertiefte Berufsorientierung nach § 33 SGB III Satz 3 bis 5 bietet die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler allgemein bildender Schulen auf ihre Berufswahl durch Maßnahmen vorzubereiten, die bis zu vier Wochen dauern und regelmäßig in der unterrichtsfreien Zeit durchgeführt werden. Auf der Grundlage der erweiterten vertieften Berufsorientierung nach § 33 SGB III in Verbindung mit § 421q SGB III können darüber hinaus Maßnahmen angeboten werden, die den Zeitraum von vier Wochen überschreiten und außerhalb der unterrichtsfreien Zeit durchgeführt werden. Eine Voraussetzung beider Formen der vertieften Berufsorientierung sowie ein eindeutiges Unterscheidungsmerkmal gegenüber der allgemeinen Berufsorientierung ist, dass sich Dritte mit mindestens 50 Prozent an der Förderung der Maßnahme beteiligen müssen.

1.3 Zielsetzung und Ausgestaltung der vertieften Berufsorientierung

Ziel der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung ist die Erhöhung der Berufswahlkompetenz der Schülerinnen und Schüler allgemein bildender Schulen, um ihnen einen möglichst friktionsfreien Übergang in den Beruf zu ermöglichen, d. h. Fehlentscheidungen vorzubeugen, Ausbildungs- und Studienbrüche zu vermeiden und damit die Hauptursache für spätere Arbeitslosigkeit, also Ausbildungslosigkeit und Geringqualifizierung, zu reduzieren. Mit dieser Zielsetzung fügt sich die (erweiterte) vertiefte Berufsorientierung in das vorhandene Dienstleistungsangebot der Arbeits-

agenturen einerseits und den durch Schulen durchzuführenden Teil der Berufsorientierung andererseits konzeptionell ein und wird so idealerweise ein sinnvoll integrierter Baustein in einer kohärenten Bildungs- und Betreuungskette. Wie eine solche Förderkette im Detail und regional aussieht, hängt dabei von beiden Akteuren ab. Sie gestalten den Übergang von der Schule in den Beruf so, dass die genuin oft unverbundenen Einzelmaßnahmen aufeinander bezogen und in eine flexible, aber verlässliche Reihenfolge gebracht werden.

Die Ausgestaltung des Maßnahmetypus *(erweiterte) vertiefte Berufsorientierung* ist erfahrungsgemäß außerordentlich heterogen, weil im Einzelfall unterschiedliche Veranstaltungsformate, Zielsetzungen und Maßnahmeelemente zum Einsatz kommen. Diese Heterogenität kann u. a. auf den Grundsatz der Kofinanzierung zurückgeführt werden, da dadurch neben den Zielsetzungen der Bundesagentur für Arbeit immer auch die Zielsetzungen und Spezifika des kofinanzierenden Dritten (z. B. eine Stiftung, das Land, ESF, die Kommune) eine Rolle spielen. Zugleich tragen aber auch die Handlungsempfehlungen der Bundesagentur für Arbeit selbst zur unterschiedlichen Ausgestaltung dieses primärpräventiven Instrumentes bei. Um den Einsatz und die Ausgestaltung zu steuern, wurden Vorgaben entwickelt, wonach folgende Kernelemente - und zwar möglichst viele in Kombination - die wesentlichen Bausteine der Maßnahme der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung darstellen sollten:

- Umfassende Informationen zu Berufsfeldern (allgemein und speziell),
- Interessenerkundung,
- Vertiefte Eignungsfeststellung durch Einsatz von Kompetenzfeststellungsverfahren,
- Strategien zur Berufswahl- und Entscheidungsfindung,
- Fachpraktische Erfahrungen durch Einbindung des Lernortes Betrieb oder betrieblicher Praktika,
- Reflexion von Eignung, Neigung und Fähigkeiten zur Verbesserung der Selbsteinschätzung,
- Realisierungsstrategien,
- Sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung.

1.4 Vertiefte Berufsorientierung – eine Versicherungsleistung aus dem Aufgabenkatalog der Bundesagentur für Arbeit?

An und für sich herrscht ein von der breiten Öffentlichkeit getragener Konsens darüber, dass das Übergangsmanagement an der ersten Schwelle nicht mehr von einzelnen Akteuren in singulären Projekten, sondern idealerweise von einem trägerübergreifenden Netzwerk aller Beteiligten dauerhaft gestützt sein sollte. Das Ergebnis guter Netzwerkarbeit - darüber ist man sich ebenso einig - ist nicht nur die effiziente Bündelung verschiedener Fachkompetenzen und Angebote. Vielmehr kann auch eine sinnvolle, effektive Bildungs- und Betreuungskette für junge Menschen

entstehen, die den Übergang von der Schule in die Ausbildung und später in die Erwerbstätigkeit lückenlos begleitet. Nichtsdestotrotz ist bei einem solchen gemeinsamen Vorgehen - auch wenn es eine übergeordnete gemeinsame Zielsetzung verfolgt - oftmals im Detail die Frage nach der finanziellen Verantwortung strittig. Die oft gestellte Frage lautet: Ist die (erweiterte) vertiefte Berufsorientierung legitimerweise im Versicherungsauftrag der Bundesagentur für Arbeit enthalten oder handelt es sich eher um ein Angebot zur allgemeinen Daseinsvorsorge und wäre somit aus Steuermitteln zu finanzieren?

Allein im Jahr 2009 hat die Bundesagentur für Arbeit rund 65,5 Millionen Euro in Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung investiert. Weil dieses Instrument bereits in der Schulzeit ansetzt und sich damit auf einem Feld bewegt, auf dem andere Institutionen wie z. B. Schulen (allein-)verantwortlich sind, wird oftmals reklamiert, dass dessen Finanzierung eher Länderangelegenheit ist und nicht mit Beitragsmitteln der Arbeitslosenversicherung bestritten werden darf. Dies gilt umso mehr, wenn es sich bei den Maßnahmeinhalten um Themen handelt, die ganz oder teilweise dem schulischen Leistungsspektrum zuzuordnen sind. So liegen Berufsorientierungsangebote, die auf die Erhöhung der Ausbildungsreife von Schülerinnen und Schülern abzielen, eindeutig im Spannungsfeld zwischen Schule und Arbeitsverwaltung, da zur Ausbildungsreife u. a. auch die schulischen Basiskenntnisse und die so genannten psychologischen Leistungsmerkmale wie Sprachbeherrschung oder rechnerisches Denken gehören.

Betrachtet man den Maßnahmetypus allerdings als präventive Leistung der Arbeitslosenversicherung, mit dem der Entstehung von (Jugend-)Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden soll und mit dessen Einsatz die Versichertengemeinde mittel- und langfristig kostenintensive „Reparaturmaßnahmen“ einsparen kann, so handelt es sich - wiederum relativ eindeutig - um ein Instrument vorausschauender Arbeitsmarktpolitik, das selbst dann, wenn es zunächst Kosten verursacht, langfristig im Interesse des Beitragszahlers liegt.

Zudem fügt sich die (erweiterte) vertiefte Berufsorientierung bei einer Gesamtbetrachtung in ein Instrumentarium ein, dessen präventive Ausrichtung in den letzen Jahren unverkennbar zugenommen hat. Mit der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zum 1. Januar 2009 entspricht der präventive Ansatz - der sich bereits mit der Einführung des Job-AQTIV-Gesetzes im Jahr 2001 angedeutet hat - nun dem gesetzlichen Auftrag der Arbeitslosenversicherung. Seitdem haben beispielsweise. Jugendliche und Erwachsene ohne Schulabschluss einen Rechtsanspruch auf die Förderung der Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme oder der beruflichen Weiterbildung. Auch ist die (erweiterte) vertiefte Berufsorientierung mit ihrer zeitlichen Verortung in die Sekundarstufe I dem Berufseinstiegsbegleiter ähnlich, der leistungsschwächere Schülerinnen und Schülern bereits in der 8. Klasse bis maximal zwei Jahre nach Verlassen der Schule intensiv und individuell betreut (vgl. Bach et al. 2009: 89).

Die Bundesagentur für Arbeit hat also infolge entsprechender Gesetzesänderungen einen Paradigmenwechsel von der Intervention hin zu mehr (Primär-)Prävention[1] vorgenommen und betritt damit im Bereich junger Menschen zwangsläufig ein Feld, auf dem zunächst einmal grundsätzlich die Länder (finanziell) verantwortlich sind. Um sich gegenüber diesem Leistungsträger allerdings abgrenzen zu können, ist die Arbeitsverwaltung gehalten, darauf zu achten, dass sie mit dem § 33 SGB III, Satz 3 bis 5 und mit Blick auf das Aufgabenspektrum der Länder nur explizit zusätzliche Aktivitäten in Schulen fördert. Allerdings ist aufgrund der Vielzahl und Vielfalt an bestehenden Berufsorientierungsangeboten davon auszugehen, dass die Zusätzlichkeit einer Maßnahme sowohl im Vorfeld wie auch im Nachhinein kaum seriös bestimmbar ist (vgl. Bach/Dressel/Kleinert/Spitznagel 2009: 91).

Hier könnte eine permanent vorgehaltene, regionale Angebotstransparenz (z. B. in Form einer Datenbank) Abhilfe schaffen, mit der der bereits vorhandene Bestand an Maßnahmen stets für alle Beteiligten sichtbar wird. Ebenso könnte - basierend auf dem Grundsatz der Kofinanzierung - die Zusätzlichkeit einer Maßnahme stärker gewährleistet werden, indem die Kofinanziers verpflichtet werden, die Zusätzlichkeit der eingebrachten Mittel nachzuweisen. Eine Umfinanzierung bzw. Umschichtung - wie sie in der Vergangenheit zu beobachten war - kann damit eher ausgeschlossen werden.

2 Zielsetzung des Papiers

2.1 Annäherung an ein neues Betätigungs- bzw. Forschungsfeld

Die (erweiterte) vertiefte Berufsorientierung ist, wie wir gesehen haben, ein neues und nicht unumstrittenes Element der Tätigkeit der Bundesagentur für Arbeit. Durch ihren Versuch, stärker präventiv tätig zu werden, begibt sie sich in Bildungsinstitutionen hinein und wird dort nicht nur als externer Dienstleister, sondern als Akteur tätig. Ein solches Vorgehen ist begründungspflichtig, da es nicht Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit sein kann, Defizite des Schulsystems auszugleichen und sie damit wohl auch überfordert wäre. Sie muss diese Aktivität also mit ihrem eigenen Auftrag begründen und daraus ihre Rolle in einem umfassend zu verstehenden Übergangsmanagement ableiten. Unter einem Übergangsmanagement verstehen wir ein strukturiertes Hilfeangebot aus berufsvorbereitenden Maßnahmen mit dem Ziel, den Übergang von der Schule in eine Ausbildung erfolgreich zu gestalten. Eine wichtige interne Begründung in diesem Zusammenhang sind die teuren Übergangsmaßnahmen, die von der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden und die Erwartung, durch eine frühere Intervention einerseits die Übergänge problematischer Ju-

[1] Unter Primärprävention werden jene Maßnahmen gefasst, die zielgruppenunspezifisch und sehr frühzeitig der Entstehung eines Problems bzw. eines Risikos zuvorkommen wollen. Primärprävention versucht allgemein förderliche Faktoren zu stärken, während die Sekundär- und Tertiärprävention die konkreten Probleme und Folgeschäden zu vermindern versuchen.

gendlicher zu verbessern, andererseits dadurch Mittel einzusparen und einer sinnvolleren Verwendung zuführen zu können.

Diese Begründung greift aber nur, wenn ein positiver Einfluss der Berufsorientierung zumindest einigermaßen gut belegt ist. Dieser Nachweis ist besonders schwer zu führen, weil die konkreten Maßnahmen, die unter „(erweiterter) vertiefter Berufsorientierung“ firmieren, extrem divergieren, was die Zielgruppe, die Dauer, die Art der Intervention und die damit verbundenen Ziele angeht. Insofern führt kein Weg daran vorbei, sich unterschiedliche Maßnahmen, die derselben Förderrichtlinie entsprechen, im Hinblick auf das Erreichen ihrer Ziele genauer anzuschauen. Das ist das Ziel des vorliegenden Papiers.

Für die interessierte wissenschaftliche und Fachöffentlichkeit soll Transparenz in das Geschehen um die (erweiterte) vertiefte Berufsorientierung gebracht werden. Dabei bewegt sich dieser Bericht bewusst an der Grenze zwischen einer wissenschaftlichen Darstellung und einem stark deskriptiven Zuschnitt. Kapitel 3 versucht, in die unterschiedlichen Maßnahmetypen Ordnung und Systematik zu bringen. Grundlage hierfür ist eine bundesweite Befragung der Regionaldirektionen durch die Zentrale der Bundesagentur für Arbeit, die eine enorme Maßnahmevielfalt zutage gefördert hat. Kapitel 4 beinhaltet Berichte über unterschiedliche Projekte, die aus qualitativen Befragungen zusammengestellt wurden, überwiegend eine große Nähe und ebenso große Sympathie zu den Projekten aufweisen und zu entsprechend positiven Ergebnissen kommen. Wir berichten über die Inhalte des Projekts, das Design der Studien und wichtige Ergebnisse.

Diese Berichte haben ihren Stellenwert, wenn sie kritisch gelesen werden, sie dürfen aber nicht mit wissenschaftlichen Evaluationen im eigentlichen Sinn verwechselt werden. Letztere sind ergebnisoffen, halten eine gewisse Distanz zum untersuchten Projekt (können also nicht „formativ“ prozessbegleitend angelegt sein und nicht durch die Projektinitiatoren selbst durchgeführt werden) und arbeiten mit dezidiert wissenschaftlichen Methoden. Im Abschnitt 4.4 werden einige der Projekte vorgestellt, ohne dass damit der Anspruch verbunden ist, alle entsprechenden Aktivitäten erfasst zu haben. Auf dieser Basis gibt Kapitel 5 einen Ausblick auf Kriterien einer wissenschaftlichen Evaluation, die als Unterstützung eines evidenzbasierten Handelns von Politik und Administration dienen kann. Wir beschreiben Evaluationskonzepte für drei unterschiedliche Maßnahmen, die ab dem Sommer 2010 wissenschaftlich untersucht werden sollen. Dabei haben Bundesagentur für Arbeit und IAB sich bewusst für kontrastierende Maßnahmen entschieden, so dass ein ca. dreitägiges Campformat ebenso untersucht wird wie eine Maßnahme, die sich vom 7. bis zum 10. Schuljahr, also über vier Jahre erstreckt.

Schließlich soll Kapitel 6 einer Bewertung und Einordnung dienen. Zunächst wird jedoch in aller Kürze die (erweiterte) vertiefte Berufsorientierung in den Kontext des Übergangs von der Schule in den Beruf eingeordnet.

2.2 Wissenschaftliche Einordnung zum Übergang von Jugendlichen

In den letzten Jahren war die Diskussion über die Übergänge von Jugendlichen überwiegend von einem Mangel an Ausbildungsplätzen bestimmt. Aktuell ist die Situation dagegen eher davon gekennzeichnet, dass die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zurückgeht. Laut Berufsbildungsbericht 2010 ist für das Jahr 2010 mit einem Rückgang auf 563.000 Bewerberinnen und Bewerber zu rechnen, 3,5 Prozent weniger als im Jahr davor.

Dennoch betont der Berufsbildungsbericht 2010, dass „die Schwierigkeiten beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung … in den vergangenen 15 Jahren erheblich zugenommen“ (BIBB 2010: 90) haben. Dies zeigt sich an der wachsenden Bedeutung so genannter Übergangsmaßnahmen wie beispielsweise die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB), das schulische Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) oder die betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ). Betroffen von den Übergangsproblemen sind vor allem Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die maximal über einen Hauptschulabschluss verfügen. Von ihnen münden mehr als 40 Prozent in eine Übergangsmaßnahme ein (vgl. BIBB 2010: 92).

Der direkte Zugang zur betrieblichen Ausbildung war für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss schon immer begrenzt. Nur etwa drei Prozent der neuen Auszubildenden haben keinen Schulabschluss, während der Anteil von Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, mehr als doppelt so hoch ist. Nach Befunden aus dem IAB finden aber auch Jugendliche mit Hauptschulabschluss immer seltener einen direkten Zugang zu einem betrieblichen Ausbildungsplatz (vgl. z. B. Dietrich 2008: 68, Berufsbildungsbericht, verschiedene Jahre). Übergangsmaßnahmen haben dabei die Funktionen, die Ausbildungsreife von Jugendlichen zu verbessern, ihnen einen (höheren) Schulabschluss zu ermöglichen oder schlichtweg die Zeit bis zum Einstieg in eine Berufsausbildung zu überbrücken (vgl. BIBB 2010: 90). Dabei sind besonders benachteiligte Jugendliche Zielgruppen der Maßnahmen. Auch die BIBB-Schulabgängerbefragungen von 2004 bis 2006 kommen zu dem Ergebnis, dass sich Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit Hauptschulabschluss und besonders Jugendliche ohne Hauptschulabschluss mit dem Übergang in Ausbildung besonders schwer tun (Friedrich 2008: 83 ff.).

Ursachen von Übergangsproblemen

Eine langfristige Betrachtung der Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt zeigt einen deutlichen Rückgang der Einmündungen in eine duale Ausbildung seit den achtziger Jahren. Dieser quantitative Rückgang korrespondiert mit tendenziell steigenden Anforderungen der Betriebe an Auszubildende, aber auch mit steigenden Anforderungen der Berufe selbst. Dies liegt daran, dass die ausbildenden Unternehmen verbreitet neue Technologien und neue Formen der Arbeitsorganisation verwenden (vgl. Rademacker 1999: 5). Die fortschreitende Durchdringung aller Arbeitsprozesse mit den Informations- und Kommunikationstechniken, die durch die

Globalisierung der Wirtschaft ausgelöst wurde, hat sich noch verstärkt und zu einem beschleunigten Abbau von einfachen Arbeitsprozessen (von Un- und Angelerntenarbeitsplätzen) geführt (vgl. Lappe 2003: 6). Dadurch „erhöhten sich die Bildungshürden vor bestimmten Berufen, so dass es zu einer Entwertung von schulischen … Abschlüssen kam“ (Baethge/Kupka 2005: 202).

Parallel fand eine Entwicklung im Bildungssystem statt, die insbesondere Hauptschulen von der Bildungsentwicklung abkoppelte. In dieser Schulform sammelte sich das untere Leistungsdrittel der Schülerinnen und Schüler (Schäfers 2002: 176 f.) sowie ein großer Anteil an sozialen Problemen. Einer der Gründe, warum viele Jugendliche ohne Abschluss bleiben und sich nicht beruflich integrieren können, ist das bislang relativ autonome allgemeinbildende Schulsystem, das angesichts der anhaltenden Ausbildungs- und Beschäftigungsmisere zunehmend unter Legitimations- und Reformdruck gerät (vgl. Preiß 2003: 59). Kritikpunkt an der Institution Schule ist vor allem, dass es nicht gelingt, eine fundierte Orientierung auf die Anforderungen der Arbeitswelt zu leisten und alle ihre Absolventen mit adäquaten Schulabschlüssen auszustatten, um soziale Ungleichheit und Selektion zu verhindern (vgl. Preiß 2003: 59).

Problemgruppen

Der aktuelle Diskurs betrifft in erster Linie die Hauptschule als Schulform (vgl. Bmbf 2008: 3). Tatsächlich ist sie schon lange nicht mehr - in Ostdeutschland noch weniger als im Westen und in Ballungsräumen weniger als in ländlichen Regionen - Hauptschule in dem Sinne, dass sie von der Mehrheit eines Altersjahrgangs besucht wird, wie dies für die Volksschule der 60er-Jahre der alten Bundesrepublik der Fall war. In den aktuellen Diskussionen wird vielfach das Bild einer „Problemschule“ gezeichnet, die als Institution vor den Problemen ihrer Schülerinnen und Schüler resigniert oder gar kapituliert. Mit regionalen Unterschieden verbleiben in den Hauptschulen zunehmend leistungsschwächere Jugendliche, die vielfach aus bildungsfernen Gruppen stammen (vgl. Dietrich 2008: 69).

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in München begann 2004 eine Längsschnittuntersuchung, in der Jugendliche in regelmäßigen Abständen zu ihren Bildungs- und Ausbildungswegen befragt werden (vgl. Lex et al. 2006: 17). Ein zentrales Ergebnis der Studie lautet, dass der unmittelbare Übergang in Ausbildung selten geworden ist: „Die Wege Jugendlicher mit Hauptschulabschluss und insbesondere der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss […] in die Berufsausbildung sind kompliziert und vielfältig geworden“ (Lex et al. 2006: 9). Daraus wird der Bedarf für ein Übergangsmanagement abgeleitet, der besonders für die folgenden fünf Gruppen von Jugendlichen gesehen wird:

1. Junge Frauen,
2. Jugendliche mit Migrationshintergrund (v. a. mit türkischem Migrationshintergrund),
3. Jugendliche mit Familien mit geringen Unterstützungsmöglichkeiten,

4. Jugendliche mit schwierigen Bildungsbiografien,
5. Jugendliche ohne klare berufliche Perspektive (vgl. Lex et al. 2006: 38).

Alle diese Gruppen haben prozentual gesehen weniger häufig eine Ausbildung unmittelbar nach der Schule erhalten oder einen höheren Schulabschluss angestrebt. Sie sind häufiger arbeitslos oder münden in eine Hilfsarbeiterbeschäftigung nach der Schulpflicht. Bei jungen Frauen scheint es vor allem wichtig, das Spektrum möglicher Ausbildungsberufe, also auch „typisch männliche" Berufe in Betracht zu ziehen (vgl. Lex et al. 2006: 39). Jugendliche mit Migrationshintergrund sollten besonders in Berufsorientierungsmaßnahmen gefördert und bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützt werden, um beispielsweise Traditionen, die einer betrieblichen Ausbildung im Herkunftsland zukommen, besonders zu berücksichtigen und Erwartungen an deutsche Ausbildungssysteme anzupassen (vgl. Lex et al. 2006: 40). Jugendliche, deren Eltern zum Beispiel arbeitslos sind, haben oft keine Perspektive für ihre eigene Lebensplanung entwickelt und hegen weniger oft Berufswünsche, daher sollten sie genau in diesem Punkt frühzeitige Unterstützung erhalten. Wenn schwierige Bildungsbiografien vorliegen, wenn also schlechte Noten vorhanden sind, wird der Zugang zu einer Ausbildung wegen formalen Anforderungen erschwert (vgl. Lex et al. 2006: 41). Eventuell könnte ein weiteres Schuljahr oder ein Praktikum ein besseres Abschlusszeugnis ermöglichen (vgl. Lex et al. 2006: 41). In jedem Fall spielen bei allen Gruppen Elemente einer Berufsorientierung eine zentrale Rolle im Konzept des Übergangsmanagements.

Übergänge und Berufsorientierung

Die vorhandenen Studien zeigen große Probleme beim Übergang Jugendlicher von der Schule in den Beruf. Diese Probleme grundsätzlich zu lösen, liegt außerhalb der Möglichkeiten von Berufsorientierung. Insbesondere bei bildungsfernen Jugendlichen mit sozialen Problemen sind Maßnahmen gefordert, die an allgemeinen Sozialisations- und Erziehungsdefiziten ansetzen. Berufsorientierungsmaßnahmen könnten aber einen Beitrag leisten, den Zustrom in Übergangsmaßnahmen nach der Schule zu verringern, soweit dieser mit einer fehlenden Auseinandersetzung mit beruflichen oder bildungsbezogenen Zielen zu tun hat. Sie können dazu beitragen, Matchingprobleme am Ausbildungsstellenmarkt zu verringern, die durch fehlende Kenntnisse relevanter Berufsfelder entstehen, sie könnten die Motivation verbessern, einen Schulabschluss zu erreichen, um ein berufliches Ziel realisieren zu können und sie können dazu beitragen, Suchaktivitäten auf realistische Ziele zu richten und damit die Chance verbessern, diese zu erreichen. Ob sie dies tatsächlich tun und zu welchen Resultaten dies gegebenenfalls führt, ist Gegenstand von Evaluationen.

3 Beschreibung der Projekte

3.1 Empirische Basis und ausgewählte quantitative Ergebnisse

Anfang des Jahres 2009 wurden die Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit von der Verwaltungszentrale aufgefordert, mittels eines vorgegebenen Abfragerasters alle im Jahr 2008 durch die Regionaldirektionen selbst bzw. die Agenturen für Arbeit kofinanzierten Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung differenziert zu erfassen und zu analysieren. Durch die Abfrage konnten die Anzahl, der Umfang und die durch die Maßnahmen versursachten Kosten ebenso ermittelt werden, wie deren Zielgruppen, Zielsetzungen, Einzelelemente und das methodische Format. Auch erfragt war, ob und durch wen die Maßnahmen evaluatorisch begleitet wurden.

Für die Beantwortung griffen die Agenturen auf die ihnen vorliegenden Maßnahmebeschreibungen und die zugehörigen Zuwendungsbescheide zurück. Ein solches Vorgehen in der Datenerhebung beinhaltet zweifellos Gefahren wie Fehlinterpretationen, Verzerrungen oder Unvollständigkeit. Einerseits könnten schon die Maßnahmeunterlagen unvollständig oder falsch erstellt worden sein. Andererseits kann eine Verzerrung durch die Sekundärauswertung erfolgen, beispielsweise durch die unterschiedlichen Interpretationen der Angaben und Erfassungskategorien seitens der Regionaldirektionen.

Laut Abfrageergebnis, das mit gewissen Unsicherheiten behaftet ist, sind im Jahr 2008 insgesamt 2.848 Maßnahmen (erweiterter) vertiefter BO durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert worden. Die (erweiterte) vertiefte Berufsorientierung machte dabei mit knapp 79 Prozent den überwiegenden Anteil der Maßnahmen aus. 62 Prozent der Maßnahmen waren in die Unterrichtszeit integriert. Die mit der Einführung des § 421q SGB III geschaffene erweiternde Möglichkeit, vertiefte Berufsorientierung auch innerhalb der Schulzeit und über eine Zeitdauer von 160 Stunden hinaus zu betreiben, wurde demnach schnell und positiv angenommen[2].

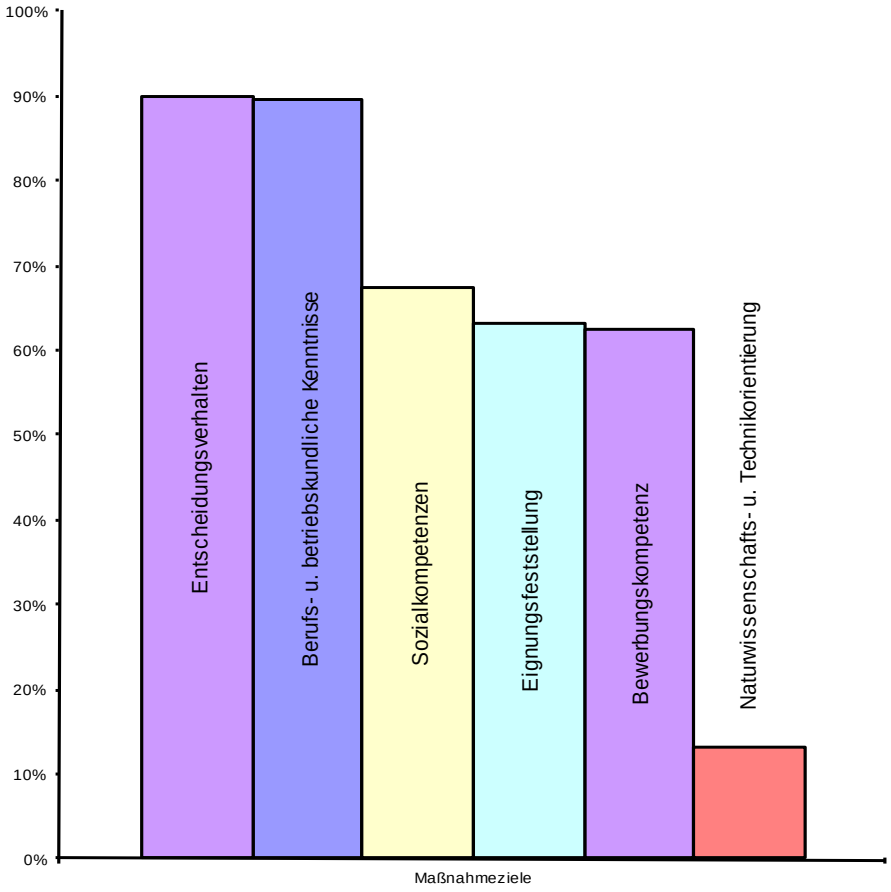
3.2 Die häufigsten Maßnahmeelemente, ihre Zielsetzungen und Verortung

Die Maßnahmen zur (erweiterten) vertieften Berufsorientierung verfolgen, wie in Kapitel 1.3 dargestellt, überwiegend mehrfache Zielsetzungen und enthielten aus diesem Grund auch ganz unterschiedliche Elemente. Nahezu alle beabsichtigten jedoch u. a. die *„Vermittlung berufs- und betriebskundlicher Informationen“* und die *„Förderung des Entscheidungsverhaltens“*. Die in Bezug auf den prognostizierten Fachkräftebedarf relevante Ausrichtung von Maßnahmen auf die Erhöhung der naturwissenschaftlich-technischen Orientierung findet nur in gut 13 Prozent der Maßnahmen Berücksichtigung.

---

[2] Über Schulprojekte in verschiedenen Regionaldirektionen, die aus anderen Mitteln gefördert werden, gleichwohl aber eine ähnliche Zielsetzung wie die erweiterte vertiefte Berufsorientierung haben, berichten wir in Abschnitt 4.4.2.

Abbildung 1
Maßnahmeziele (erweiterter) vertiefter BO in 2008

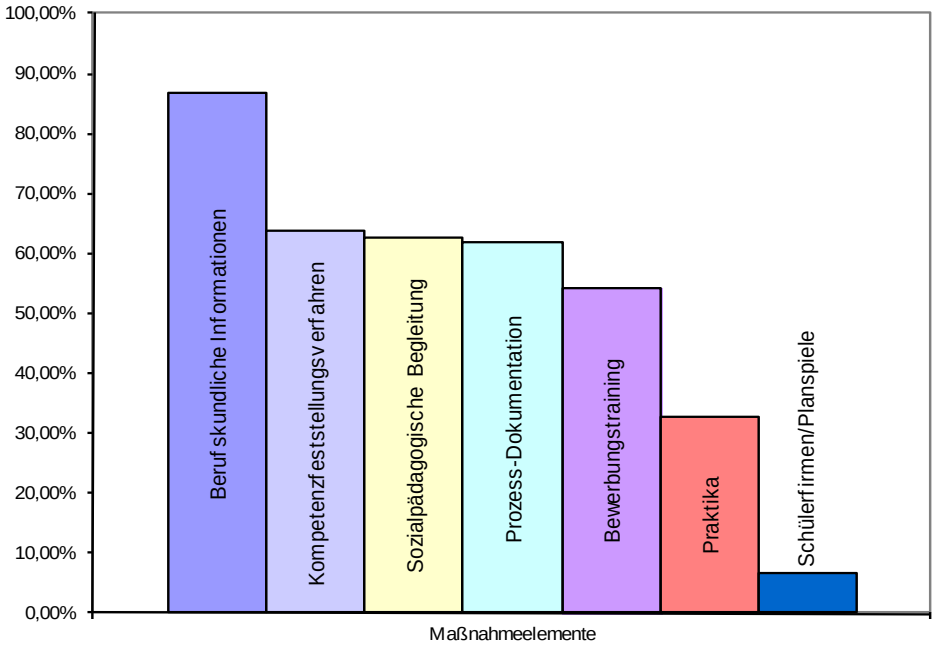


Quelle: Befragung der Regionaldirektionen der BA 2008. Eigene Darstellung.

Ein vertieftes *„Kompetenzfeststellungsverfahren“* war in fast 64 Prozent der Maßnahmen Bestandteil. Beinahe genauso häufig erfuhren Schülerinnen und Schüler während der Maßnahmedauer *„Sozialpädagogische Begleitung“*. Eine Prozessdokumentation, beispielsweise mit Hilfe des *„Berufswahlpasses“*, fand in 62 Prozent der Maßnahmen statt. In über der Hälfte der Maßnahmen fand ein *„Bewerbungstraining“* statt, wohingegen in nur jeder dritten Maßnahme *„Praktika“* integriert waren.

Spielerischen Formen der beruflichen Orientierung kam kaum eine Bedeutung zu, obgleich es in diesem Feld viele Angebote und Möglichkeiten gäbe und davon auszugehen ist, dass gute und sinnvoll ausgewählte Planspiele und Schülerfirmen als berufsorientierende Methode aufgrund ihrer motivierenden und handlungsorientierten Art von Schülerinnen und Schülern gut angenommen werden könnten.

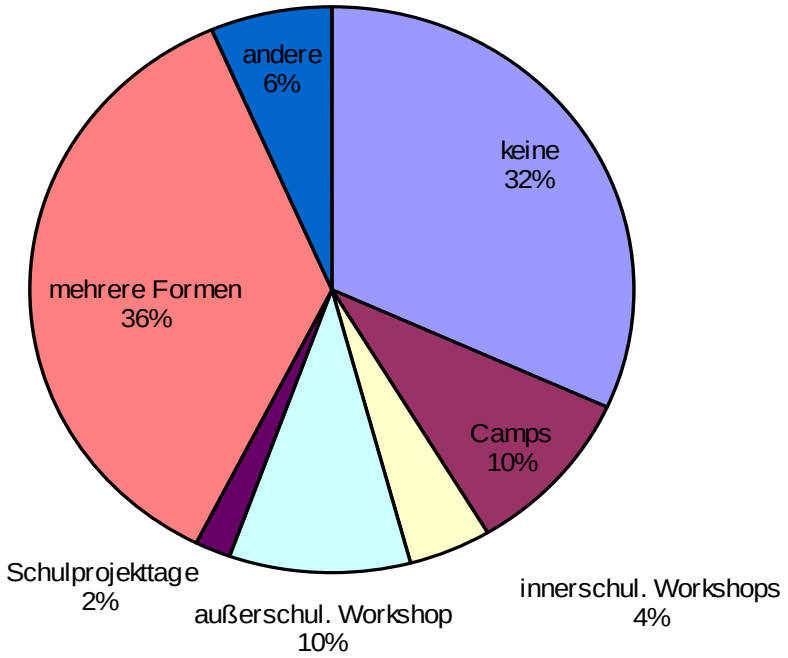
Abbildung 2
Maßnahmeelemente (erweiterter) vertiefter BO in 2008



Quelle: Befragung der Regionaldirektionen der BA 2008. Eigene Darstellung.

Über 68 Prozent aller Maßnahmen wurden entweder ganz oder teilweise außerhalb des Schulunterrichts durchgeführt, wobei für den überwiegenden Teil der Maßnahmen - durch die Kombination unterschiedlicher Kernelemente vertiefter Berufsorientierung - verschiedene Durchführungsformen gewählt wurden. Zehn Prozent derjenigen Angebote, die außerhalb der Schulzeit angeboten wurden, waren explizit als Camps ausgewiesen.

Abbildung 3
(Erweiterte) vertiefte BO außerhalb des Unterrichts



Quelle: Befragung der Regionaldirektionen der BA 2008. Eigene Darstellung.

Teilnehmerzahlen, beteiligte Schulformen und Zielgruppen
Insgesamt waren an den Maßnahmen über 10.000 Schulen und rund 480.000 Schülerinnen und Schüler beteiligt (Mehrfacherfassungen möglich). Unter den Maßnahmen, bei denen eine Zuordnung zu Zielgruppen erfolgte, richteten sich 85 Prozent an die Sekundarstufe I. Lediglich zwölf Prozent waren explizit auf die Bedürfnisse von Haupt- und Förderschülern zugeschnitten und nur drei Prozent der Maßnahmen richteten sich an Schülerinnen und Schüler zur Vorbereitung auf die Studienwahl. Explizit für besondere Personengruppen, wie z. B. Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund, Mädchen oder Schulverweigerer waren lediglich 11,4 Prozent aller Maßnahmen konzipiert.

4 Praxisberichte

4.1 Grenzen der Auswertbarkeit aufgrund heterogener Berichte

Von den bundesweit 2.848 Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung wurden laut Abfrageergebnis insgesamt 17 einer Begleitforschung unterzogen. Bis Anfang 2010 lagen aus diesen 17 Projekten lediglich zehn Abschlussberichte vor, sodass die Erkenntnislage über alle durchgeführten Maßnahmen hinweg insgesamt als unzureichend bezeichnet werden muss. Darüber hinaus waren auch der Fokus der Begleitforschungen und ganz besonders deren Qualität außerordentlich heterogen, sodass die Auswertung dieser Berichte eher einer Gesamtschau entspricht, als einem differenzierten wissenschaftlichen Berichtsformat. Grundsätzlich beabsichtigten nicht alle Begleitforschungsprojekte die Beantwortung der Frage, ob und wie Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung auf die Karriereverläufe Jugendlicher wirken. Einige Berichte nahmen lediglich die Akzeptanz und die Anwendbarkeit eines bestimmten Maßnahmetypus zur vertieften Berufsorientierung in den Blick, andere erfragten den subjektiven Nutzen und wiederum andere untersuchten die Veränderungsprozesse, die sich in der inneren Haltung der Jugendlichen gegenüber Berufswahlthemen ergeben haben. Aus diesem Grund werden im vorliegenden Artikel auch nicht alle nachstehenden Berichte erörtert, sondern lediglich diejenigen, deren Fokus für den vorliegenden Artikel bedeutsam ist.

Einen allgemeinen Überblick über evaluierte Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung gibt folgende Tabelle:

Maßnahme	**Evaluierende Institution**
Profil-AC	Mensch –Technologie – Organisation
14plus – Gesellschaftliche und berufliche Integration von jungen Menschen aus Zuwanderungsfamilien	Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg-Essen
Aktionsprogramm „Übergang Schule - Ausbildung - Beruf“ im Landkreis Saarlouis	Institut für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung - GmbH
Abschlussquote erhöhen - Berufsfähigkeit steigern (AQB)	Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen

Vertiefte Berufsorientierung (VBO) in Hellersdorf-Marzahn	Universität Potsdam
Leuphana Sommerakademie für Hauptschülerinnen und Hauptschüler	Leuphana-Universität: Institut für Schul- und Hochschulforschung
Hauptschul-Power	Universität Erlangen-Nürnberg (Diplomarbeit Elisabeth Simon), Lehrstuhl für Psychologie
Studien- und Berufswahl mit Kultusministerien, Wirtschaftsministerium, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer und den Arbeitsagenturen in Thüringen in Gymnasien (SKATinG)	Universität Erfurt, Lehrstuhl für Entwicklungs- und Erziehungspsychologie
Berufswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren (BRAFO)	Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt (Arbeitsgruppe Schule-Wirtschaft)
Komm auf Tour	Sozialwissenschaftliche FrauenForschungs-Institut an der Evangelischen Hochschule Freiburg (SoFFI F.)

4.2 Beschreibung ausgewählter Projekte und ihrer bisherigen Ergebnisse

4.2.1 Leuphana Sommerakademie

Skizzierung der Maßnahme

Die Leuphana Universität Lüneburg bot im niedersächsischen Harz in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Lüneburg im Juli und August 2008 für 3,5 Wochen eine Sommerakademie für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse an. Es handelt sich dabei um eine Maßnahme der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung, bei der neben der Bundesagentur für Arbeit die Gemeinnützige Hertie Stiftung als finanzieller Förderer auftrat. Ausgeführt und evaluiert wurde die Sommerakademie von Studenten und Mitarbeitern der Leuphana Universität Lüneburg sowie von Fachkräften unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Czerwenka vom universitätseigenen Institut für Schul- und Hochschulforschung. Teilgenommen hatten 64 Hauptschülerinnen und -schüler aus Lüneburg und Umgebung, die von insgesamt 22 Betreuerinnen und Betreuern begleitet wurden.

Die Zielsetzung der Sommerakademie war es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer „fit für den Einstieg ins Berufsleben zu machen“. Das dafür entwickelte Konzept besteht aus drei Säulen:

- Optimierung der Grundkenntnisse,
- Steigerung der Selbsteinschätzung und
- Verbesserung der Selbstpräsentation.

Zeitlich und inhaltlich ist die Maßnahme in vier Abschnitte untergliedert: Der erste Abschnitt beinhaltet einen Kennenlern- und so genannten Fehlermachtag, an dem die Schülerinnen und Schüler mit ihren Betreuerinnen und Betreuern vertraut werden, durch gezieltes Fehlermachen ihre innere Haltung zu Fehlern prüfen und eine erste Fehlertoleranz ausbilden können. Im zweiten Abschnitt lernen die Schülerinnen und Schüler anhand verschiedener Projekte (z. B. Holzwerkstatt) unterschiedliche Berufe einzuschätzen, mit Handwerksmeistern oder Personalverantwortlichen ins Gespräch zu kommen sowie sich im Umgang mit Bewerbungssituationen zu erproben. In den Crashkursen „Deutsch“, „Mathematik“ und „Englisch“ sowie in weiteren Kursen, wie „Auftreten“ werden ihnen zudem gezielt Kenntnisse vermittelt, die sie auf Bewerbungen und Auswahltests vorbereiten. Den Ausgleich für die teilweise sehr lernintensiven Module bieten Freizeit- und andere Angebote wie beispielsweise ein niedrigschwelliges, psychologisches Beratungsangebot und Entspannungsstunden. Der dritte Abschnitt dient der Präsentation der erarbeiteten Ergebnisse (z. B. in Form einer Musicalaufführung) vor allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Betreuerinnen und Betreuern und den Familien. Die pädagogische Nachbetreuung der Schülerinnen und Schüler durch geschulte studentische Kleingruppen soll die nachhaltige Wirkung des Projektes gewährleisten und stellt den vierten Abschnitt dar.

Untersuchungsdesign

Die Begleitforschung der Sommerakademie wurde ebenfalls von Prof. Dr. Kurt Czerwenka entwickelt und vom Institut für Schul- und Hochschulforschung der Leuphana Universität Lüneburg durchgeführt. Sie erstreckt sich über alle Phasen des Projektes und beinhaltet folgenden Instrumenteneinsatz:

- Schriftliche Befragungen der Lehrer/-innen und Schüler/-innen vor und nach der Maßnahme
- Schulische Leistungstests in den Fächern Deutsch und Mathematik während der Maßnahme
- Schriftliche Befragungen der Lehrer/-innen zur schulischen und sozialen Entwicklung der Schüler/-innen nach dem Sommercamp
- Mehrere Zeugnisauswertungen
- Befragungen der Schüler/-innen nach dem Camp zu ihren weiteren beruflichen Plänen im Rahmen der Nachbetreuung und mittels telefonischer Interviewverfahren.

Untersuchungsergebnisse

Die Begleitforschung der Sommerakademie attestiert dieser eine positive Wirkung und vermutet einen nachhaltigen Effekt der langfristigen Betreuung. Von den Teilnehmenden schlossen 95 Prozent die 9. Schulklasse mit einem Hauptschulabschluss ab. Dabei ist von einer Grundgesamtheit von 58 Schülerinnen und Schülern auszugehen, weil vier Schülerinnen und Schüler nach der Sommerakademie die 8. Schulklasse wiederholten. 30 Absolventinnen und Absolventen wechselten nach den Sommerferien 2009 in die zehnte Klasse und neun von ihnen strebten einen

Realschulabschluss an. 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiteten an ihrem erweiterten Hauptschulabschluss. 11 Absolventinnen und Absolventen haben sich nach Abschluss der 9. Klasse erfolgreich für eine Ausbildungsstelle beworben, wobei sich die Berufe von Bäcker über Metallbauer und Zahntechniker bis Physiotherapeut erstreckten. Hier hat sich vor allem bei dem schriftlichen Bewerbungsverfahren die Hilfe der Nachbetreuung ausgewiesen. Ebenso dürften aber auch die guten Kontakte und Kooperationen mit ausbildenden Betrieben und Konzernen zum gelingenden Übergang beigetragen haben. Streng wissenschaftlich betrachtet, bleibt die Frage nach dem kausalen Zusammenhang allerdings unbeantwortet, weil schlussendlich ungewiss bleibt, inwieweit die Ergebnisse wirklich besser sind als sie ohne die Maßnahme gewesen wären.

Zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchen seit August 2009 eine Berufsbildende Schule. Zwei der von Beginn an besonders stark einzuschätzenden Jugendlichen besuchten ein Fachgymnasium. Sie gaben bei der Befragung an, durch das Sommercamp ihre schulisch-kognitiven Schwächen aufheben zu können und das nötige Selbstbewusstsein entwickelt zu haben (vgl. Czerwenka/Voßhage-Zehnder/ Graetsch 2008: 21 ff.).

Mit Blick auf die ebenfalls ermittelten Zufriedenheits- und Selbsteinschätzungen der Beteiligten ist dem Zwischenbericht entnehmbar, dass die Schülerinnen und Schüler das modulare Angebot insgesamt überwiegend positiv einschätzten. Knapp 60 Prozent von ihnen gaben an, dass sie z. B. mehr Lust auf das Unterrichtsfach „Mathematik“ entwickelt haben. Die allgemein positive Wirkung der betreuten Kleingruppenarbeit könnte zudem auch durch die Steigerung der schulischen Leistungsfähigkeit dokumentiert werden. Vor allem die Lesefertigkeit der Teilnehmenden hat sich verbessert. Ebenfalls lässt das Schüler-Befragungsergebnis zum Modul „Coaching“ kleine bis mittlere positive Effekte vermuten (vgl. Czerwenka 2008: 3-4).

4.2.2 Aktionsprogramm zur Eingliederung von benachteiligten Jugendlichen am Übergang Schule – Ausbildung – Beruf

Skizzierung der Maßnahme

Das Aktionsprogramm zur Eingliederung von benachteiligten Jugendlichen an den Übergängen Schule – Ausbildung – Beruf findet seit Sommer 2005 im Landkreis Saarlouis statt und soll Benachteiligungen abbauen, die der schulischen und beruflichen (Aus-)Bildung von Jugendlichen sowie der Eingliederung in die Arbeitswelt entgegenstehen. Um dies zu erreichen, wurde in den Feldern Schule, Familie und Freizeit ein Programm entwickelt und durchgeführt, das insgesamt 17 aufeinander abgestimmte unterschiedliche Module umfasst und das von Mitarbeitern aus freien Trägern der Jugendhilfe an Schulen sowie aus außerschulischen Einrichtungen der Jugendhilfe getragen wird. Exemplarisch für das gesamte Aktionsprogramm sollen folgende Module stehen:

Schoolworker an Grundschulen und an weiterführenden Schulen:

Schoolworker haben die Aufgabe, Lehrkräften, Erziehungsberechtigten sowie Schülerinnen und Schülern an Grund- und allgemeinbildenden Schulen (Sekundarstufe I) als Ansprechpartner in Fragen der Jugendhilfe zur Verfügung zu stehen.

Berufliche Orientierung von Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen:

Das Modul BO-SEK I bereitet benachteiligte Schülerinnen und Schüler der Klassen sieben, acht und neun im Hauptschulzweig der weiterführenden Schulen auf den Übergang Schule/Beruf vor. Berufliche und gesellschaftliche Integration wird mit präventiven arbeitsweltorientierten Angeboten unterstützt.

ANLAUFstelle Schulverweigerung und Straßensozialarbeit:

In dieser Maßnahme soll die Reintegration jugendlicher Schulverweigerer in die Schul-, Ausbildungs- oder Berufswelt unterstützt werden. Im Bereich der Straßensozialarbeit werden auffällige Jugendliche und junge Erwachsene z. B. auf öffentlichen Plätzen angesprochen.

Die Produktionsschulen Saarlouis und Lebach:

Dieses Modul umfasst die sozialpädagogische Begleitung berufsschulpflichtiger Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss in den Produktionsklassen berufsbildender Schulen in Saarlouis und Lebach.

Jugendberatungsstelle MOBil Saarlouis:

In der Maßnahme werden Schülerinnen und Schüler in den kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen betreut, die einen besonderen sozialpädagogischen Förderbedarf haben. Ziel ist es, ihre schulische und berufliche Ausbildung, ihre Eingliederung in die Arbeitswelt sowie die gesellschaftliche Integration der Jugendlichen zu fördern.

Berufsfindung und Orientierung (BOplus):

Die Maßnahme richtet sich an junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren, die nicht in betrieblicher oder schulischer Ausbildung bzw. in Beschäftigung sind und die - um ihre sozialen Benachteiligungen oder individuellen Beeinträchtigungen auszugleichen - in erhöhtem Maß auf Unterstützung angewiesen sind (vgl. Bitterlich/Groß 2007: 2).

Nicht zuletzt durch seine Größe und Komplexität stellte das Netzwerk seine Praxisakteure vor hohe Ansprüche. Durch die gelungene Vernetzung der Akteure konnte allerdings eine nahezu lückenlose und transparente Bildungs-, Betreuungs- und Maßnahmeangebotskette entwickelt werden, die sich über die relevanten biografischen Zeiträume und lebensweltlichen Bereiche von Jugendlichen erstreckt.

Untersuchungsdesign

Das Institut für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung GmbH (ISPO) in Saarbrücken wurde im Jahr 2005 mit der Evaluation des Aktionsprogramms zur Eingliederung von benachteiligten Jugendlichen am Übergang Schule – Ausbildung – Beruf durch den Landkreis Saarlouis beauftragt und legte bis zum Jahr 2008 zwei Sachstandsberichte vor. Der Fokus der Programmevaluation[3] lag auf der Netzwerkarbeit im Aktionsprogramm. Die Untersuchung sollte Informationen dazu liefern, inwieweit sich der Vernetzungsgedanke bereits etabliert hat und ob die vorliegende Struktur geeignet ist, die Umsetzung der Netzwerkarbeit des Aktionsprogramms zu fördern.

Die Untersuchungsdaten wurden mittels verschiedener Methoden gewonnen. So wurden Informationen aus einer Software zum Themenbereich „Kooperation" verwendet und vorhandene Dokumente sekundäranalytisch ausgewertet. Hinzu kam im Februar 2008 eine teilstandardisierte Befragung von 38 Mitarbeitern des Aktionsprogramms und eine Stärken- und Schwächenanalyse hinsichtlich der Vernetzung des Aktionsprogramms anhand offener Fragen (vgl. Schäffer/Göpfertt-Divivier 2008: 3 ff.).

Untersuchungsergebnisse

Die Untersuchungsergebnisse aus dem Aktionsprogramm „Übergang Schule – Ausbildung – Beruf" deuten darauf hin, dass Netzwerke besser als Einzelakteure oder singuläre Projekte dazu geeignet sind, präventiv zu arbeiten und niedrigschwellige Offerten zur Berufsorientierung zu machen. Sie bedienen mit ihrem gemeinsamen Angebotsspektrum die meist komplexen Problemlagen der Jugendlichen adäquater, als es ein separater Akteur leisten kann. Das Zusammenspiel von z. B. Schule, Jugendhilfe, Arbeitsagentur und Bildungsträger produziert schlussendlich mehr als nur die Summe der gebündelten Dienstleistungen.

Im Ergebnis bedeutet gute Netzwerkarbeit eine abgestimmte Bildungs- und Betreuungskette für Jugendliche an der ersten Schwelle. Dabei wurde zunächst festgestellt, dass im Netzwerk zwar die trägerübergreifende Zusammenarbeit gewollt ist und alle Akteure ihr fachliches Handeln auch als Netzwerkarbeit bezeichnen, aber dennoch häufig in „versäulten" Strukturen gedacht wurde. Im weiteren Projektverlauf konnten die Kooperationsbeziehungen sich aber soweit konsolidieren, dass sich zwischen den Partnern ein hohes Maß an Engagement für und Identifikation mit dem Netzwerk entwickelt hat. Auffällig hierbei war auch, dass die Mitarbeiter den Vernetzungsgedanken bereits sehr gut in ihre Arbeit integriert hatten. Die dahinter stehenden Institutionen hingegen haben die Netzwerke oftmals eher pragmatisch

[3] Das ISPO versteht unter einer Programmevaluation eine systematische, auf Daten basierende und kriterienbezogene Bewertung der Inhalte des Aktionsprogramms wie z. B. die Hilfen, Maßnahmen, Interventionen, Aktionen, Projekte und Kurse (vgl. Schäffer/Göpfertt-Divivier 2008: 3). Dieser Begriff unterscheidet sich daher von dem einer wissenschaftlichen Evaluation, wie wir ihn in diesem Forschungsbericht verwenden.

als Organisationsform der Arbeitsteilung betrachtet. Die Möglichkeiten des inhaltlich-fachlichen Austausches wurden deswegen nicht immer optimal ausgeschöpft.

Auch für die Steuerung des Netzwerkes hat sich gezeigt, dass sie - soweit möglich - von allen Beteiligten getragen werden sollte. Hat jeder die Chance, seine spezifischen Ressourcen und auch Zielsetzungen einzubringen, ergibt sich beinahe unweigerlich eine Win-Win-Situation für alle. Mit Blick auf die Koordinierungsstellen rekurriert eine Evaluationserkenntnis darauf, dass Klarheit über deren Struktur, Aufgabe und Zielsetzung vorherrschen muss und dort nicht zu viele Anforderungen und Aufgaben gebündelt werden dürfen. Darüber hinaus sollte stets die gleiche Augenhöhe zwischen Koordinationsstelle und Netzwerkpartnern eingehalten werden. Ebenfalls sollte - was die Öffentlichkeitsarbeit und die Zielformulierungen anbelangt - der träger-, projekt- bzw. politikfeldübergreifend Auftrag im Fokus stehen. Beides trägt dazu bei, die gemeinsame Identität zu stärken.

4.2.3 BRAFO - Berufswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren

Skizzierung der Maßnahme

Das zunächst einjährige Modellprojekt BRAFO (Berufswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren) startete zum Schuljahresbeginn 2007/2008 in Sachsen-Anhalt und richtete sich an rund 180 Schulen bzw. 7.400 Sekundar- und Gesamtschüler der 7. und 8. Klassen. Inhaltlich ist BRAFO in zwei Module unterteilt.

Das erste Modul beginnt in der 7. Klasse. Dort lernen und arbeiten die Jugendlichen - ausgehend von ihren eigenen Interessen, Motivationen und beruflichen Überlegungen - an vier Praxistagen in ausgewählten Berufsfeldern an außerschulischen Lernorten. Die Schülerinnen und Schüler erfahren so die für eine gelingende Berufswahl wichtige Verknüpfung von Theorie und Praxis. Bei der Bewältigung der praktischen Aufgaben- und Problemstellungen werden die konkreten Anforderungen einer Berufstätigkeit für sie zudem direkt erlebbar.

Das zweite Modul wurde für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf entwickelt. Im Zentrum stehen Praktika in Unternehmen mit sozialpädagogischer Begleitung, die außerhalb der Schulzeit vereinbart werden. Insgesamt besteht das Modellprojekt aus verschiedenen Kernelementen, die jeweils für sich betrachtet unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen. Bausteine wie Eingangschecks und Elternarbeit gehören ebenso dazu wie die Stärkung schulischer Leistungen und persönlicher Voraussetzungen.

Finanziert wird BRAFO mit Landes- und ESF-Mitteln sowie mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit. Auf operativer Ebene tragen regionale Bildungszentren das Projekt.

Untersuchungsdesign

Das Modellprojekt wurde von der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen mit einer Selbstevaluation begleitet (vgl. inbas/DJI 2010). Das dazugehörige Evaluationskonzept - eine zweigeteilte Schüler- und Lehrerbefragung - entwickelte das

sachsen-anhaltinische Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung. Diesem Konzept entsprechend wurde für die Schulerhebung eine nach Schulform proportional geschichtete Klumpenstichprobe gezogen. Die Durchführung der Befragung erfolgte analog zur Stichprobenauswahl in ganzen Klassenverbänden. Die im Rahmen der Schülerbefragung erhobenen Daten bezogen sich auf die Teilnehmer- und Teilnahmestruktur, Ausbildungswünsche sowie die Zufriedenheit und Wirkungseinschätzungen. Insgesamt füllten 1.124 Befragte aus 40 Schulen den Fragebogen aus, von denen ca. 56 Prozent eine Realschulklasse, 23 Prozent eine Hauptschulklasse und 16 Prozent eine kombinierte Klasse besuchten. Fünf Prozent der Fragebögen ließen keine Rückschlüsse auf den Bildungsgang zu.

An der mittels Online-Fragebogen durchgeführten Lehrerbefragung haben 65 Lehrkräfte aus 27 Schulen teilgenommen. Im Gegensatz zur Schülerbefragung lag hier der Schwerpunkt eher auf der Projektverankerung und Projektdurchführung. Des Weiteren wurden u. a. die Verwendung der Projektergebnisse in der Schule und die Erfahrungen in der Elternarbeit abgefragt.[4]

Untersuchungsergebnis
Im Rahmen der Interessenexploration hatten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, an bis zu vier Berufsfelderkundungen teilzunehmen. Das Unterstützungsangebot der Sozialpädagogen während des Projektes schätzten die Teilnehmenden mehrheitlich (79 %) als positiv und hilfreich ein. Hinsichtlich des Betriebspraktikums konnten 75 Prozent der Schülerinnen und Schüler für sich erkunden, welche Berufsfelder zu ihren Interessen und Fähigkeiten passen, währenddessen 50 Prozent durch die praktische Erprobung alternative Berufsfelder für sich erschließen konnten. Ein erfreuliches Ergebnis ist der motivationale Effekt des Modellprojektes BRAFO: 65 Prozent der Befragten gaben an, weitere Informationen über Berufe und Berufsfelder sammeln zu wollen und 58 Prozent waren an mehr betrieblicher Praxis interessiert.

Die befragten Lehrkräfte äußerten sich mit ca. 90 Prozent überwiegend positiv über das Projekt BRAFO und schätzten es als erfolgreich ein. Sie gaben an, dass sie die methodisch angeleitete Interessenexploration für gut geeignet halten, um die Interessen der Schülerinnen und Schüler zu stärken oder weiter zu entwickeln. Zudem nutzte die Mehrzahl der Lehrkräfte die Beteiligung am Projekt für ein vertiefendes Kennenlernen ihrer Schülerinnen und Schüler in neuen Lernsituationen bzw. an einem anderen Lernort. Daraus konnten sie auch Impulse für die eigene Unterrichtstätigkeit sammeln. Mit Blick auf die Beziehung zwischen Projektträger und Schule

[4] Die fragebogengestützte Erhebung, Aufbereitung und Auswertung (teilweise bewertender) Aussagen entspricht im Kontext empirischer Sozialforschung streng genommen nicht den Qualitätsstandards einer systematischen Evaluation. Vielmehr würde in methodologischer Hinsicht das Vorgehen, wie es bei BRAFO für die Schüler- und Lehrerbefragung gewählt wurde, der Umfrage- oder Meinungsforschung zugeschlagen.

befanden die Lehrerinnen und Lehrer die Kooperation im Sinne einer beruflichen Frühorientierung für gut.[5]

4.2.4 Komm auf Tour – meine Stärken, meine Zukunft

Skizzierung der Maßnahme

Bei dem Projekt „Komm auf Tour – meine Stärken, meine Zukunft“ handelt es sich im Kern um einen Erlebnisparcours der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, der in NRW in Zusammenarbeit mit Schulen, den Agenturen für Arbeit sowie weiteren regionalen Partnern bereits mehrfach durchgeführt wurde (vgl. Komm-auf-Tour-Ergebnisbericht Internetfassung). Die Zielsetzungen beschreiben die Veranstalter mit Stärkenentdeckung, Berufsorientierung und Lebensplanung; die Zielgruppe sind Jugendliche ab der 7. Klasse, deren Lehrkräfte und Eltern. Neben dem Erlebnisparcours gehört ein zweistündiger Lehrkräfteworkshop zum Programm, in dem die Lehrerinnen und Lehrer der teilnehmenden Schulen konkrete methodische Anregungen und Begleitmaterialien erhalten, um den Parcoursbesuch vorzubereiten und das Thema auch langfristig weiter bearbeiten zu können. Ebenfalls flankierend wird eine abendliche Infoveranstaltung für Eltern angeboten. Dort lernen sie den Parcours kennen und kommen in Kontakt mit regionalen Beratungsstellen aus den Bereichen Berufsorientierung und Lebensplanung. Und sie erfahren vor allem, wie sie ihre Kinder bei dem Prozess der Berufswahl und Lebensplanung bis zum Schulabgang konkret unterstützen können.[6]

„Komm auf Tour“ stellt den Zusammenhang von beruflichen Entwicklungsperspektiven und Lebensplanung in den Mittelpunkt und lädt dazu jeweils zwei bis drei Schulklassen auf eine „Entdeckungsreise“ mit sechs Stationen ein. Durch die Lösung von Stationsaufgaben können die Schülerinnen und Schüler in einem spielerischen Matching-Prozess erfahren, welche Berufsfelder und Ausbildungsberufe zu ihrem Stärkenprofil passen. Um sich weiterhin mit der Thematik auseinanderzusetzen, erhalten sie darüber hinaus ein persönliches Komm auf Tour-Logbuch - ähnlich einem Berufswahlpass - mit dessen Hilfe sie u. a. ein Selbstbild entwickeln können.

Untersuchungsdesign

Das Sozialwissenschaftliche FrauenForschungsInstitut an der Evangelischen Hochschule Freiburg (SoFFI F.) evaluierte das Projekt „Komm auf Tour“ in seiner Pilotphase von September 2006 bis Oktober 2007 mit einem Mix aus folgenden Methoden:

- Erhebung der strukturellen Implementation: Dokumentenanalyse, qualitative Interviews mit Projektbeteiligten und Kooperierenden,

---

5 Vgl. den unveröffentlichten Auswertungsbericht der Lehrerbefragung der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen und des sachsen-anhaltinischen Landesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zu der Gemeinschaftsinitiative BRAFO.

6 Vgl. http://www.komm-auf-tour.de/fileadmin/pdf/Evaluationsbericht_Kurzfassung.pdf zuletzt aufgerufen am 25.10.2010.

- Erhebung bei der Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler (Teilnahmekontrolllisten, Punktevergabe vor Ort als Bewertungsinstrument, Fragebogen, Kurzinterviews auf dem Parcours, teilnehmende Beobachtung auf dem Parcours),
- Befragung einer Vergleichsgruppe mit einem Schülerfragebogen,
- Erhebung bei der Zielgruppe der Lehrerinnen und Lehrer (Fragebogen zu den Rahmenbedingungen der Schulen, Eingangs- und Abschlussfragebogen),
- Erhebung bei der Zielgrupe der Eltern (Punktevergabe beim Elterntreffen).

Untersuchungsergebnis

Das Projekt hat eine komplexe Struktur mit vielen Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen. Allein im Evaluationszeitraum nahmen

- 101 kommunale Akteure aus den Bereichen Berufsorientierung und Lebensplanung mit dem Ziel teil, eine nachhaltige Kooperationsstruktur zu schaffen,
- 179 Lehrkräfte mit dem Ziel teil, Motivation für die Themen Berufsorientierung und Lebensplanung zu schaffen und diese in der Schule fest zu verankern,
- 331 Elternteile am Elternabend mit dem Ziel der Stärkung der Unterstützungsmöglichkeiten für ihre Kinder teil,
- 3.301 Schülerinnen und Schüler mit den Zielen teil, die eigenen Stärken zu sehen und sich mit der Zukunft auseinander zu setzen. Dabei betrug der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit deutschem Hintergrund: 57,7 Prozent, mit türkischem Hintergrund 18,9 Prozent und mit einem anderen nationalen Hintergrund 23,4 Prozent.

21 der 22 teilnehmenden 7. Klassen füllten die Fragebögen aus, sodass die Evaluation mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler mit 459 Fragebögen nahezu auf einer Vollerhebung gründet (Rücklauf: 95,8 %). Der Schülerfragebogen besteht aus zwei Teilen: Mit dem ersten Teil werden die einzelnen Stationen des Parcours bewertet, im zweiten Teil bekommen die Schülerinnen und Schüler Aussagen angeboten, denen Sie zustimmen, die sie ablehnen oder die sie mit „weiß nicht“ beantworten können.

Bei der Bewertung des Gesamtparcours vergaben die Lehrkräfte im Durchschnitt die (Schul-)Note 2,11 und die Schülerinnen und Schüler 2,35. Die Lehrerinnen und Lehrer stuften darüber hinaus das Lehrerbegleitheft zur Vor- und Nachbereitung als sehr hilfreich ein und über 80 Prozent von ihnen gaben an, nützliche Anregungen für ihren Unterricht erhalten zu haben. Die Schülerinnen und Schüler waren zu 63 Prozent der Überzeugung, dass der Parcours eine gute Übung war, „Zukunft offen zu denken“ und knapp zwei Drittel (65 %) haben „eine Idee bekommen“, sich ihre Zukunft konkreter vorzustellen. Die Schülerinnen und Schüler empfanden zu 60 Prozent insbesondere die Vergabe von so genannten Stärkepunkten als wirksames Programmelement, denn 64 Prozent von ihnen gaben an, dass sie mit Hilfe dieser

Stärkepunkte mehr über sich erfahren haben. Ebenso stimmte über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler der Aussage zu „das Logbuch gibt gute Tipps“.

4.2.5 14plus – Gesellschaftliche und berufliche Integration von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien

Skizzierung der Maßnahme

Das Modellprojekt „14plus - Gesellschaftliche und berufliche Integration von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien“ startete im Jahr 2007 in jeweils vier Klassen der 7. Jahrgangsstufe an drei Haupt- bzw. Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen. Die Zielsetzung des Modellprojektes ist, Jugendliche an Schulen mit besonders hohem Anteil an Kindern aus Zuwandererfamilien zu unterstützen. Innerhalb eines integrierten Ansatzes zielt es darauf, sowohl die beruflichen Chancen von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu verbessern und sie bei der Suche nach ihrer künftigen Rolle in der Gesellschaft zu unterstützen als auch ihr Verständnis für die Grundlagen der deutschen Gesellschaft und des demokratischen Zusammenlebens zu stärken. Um die Schülerinnen und Schüler auf der persönlichen, beruflichen und gesellschaftspolitischen Ebene zu fördern, werden ihnen modularisierte Angebote, wie z. B. ein Parcours der Fähigkeiten, ein Werkstattpraktikum oder ein Seminar zur Konfliktschlichtung zur Berufsorientierung und Demokratieerziehung unterbreitet.[7]

Angeregt wurde das Modellprojekt von der Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Münster.

Untersuchungsdesign

Die wissenschaftliche Begleitung für das Projekt „14plus“ wurde vom Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e. V. an der Universität Duisburg-Essen geleistet (vgl. Schweer 2007). Sie fand in Form eines Panels mit vier Befragungszeitpunkten statt. Insgesamt nahmen an der Befragung 84 Schülerinnen und Schüler teil, wobei jeder zweite einen Migrationshintergrund aufweist. Die schriftliche Befragung der Experimentalgruppe mit einem teilstandardisierten Fragebogen wurde durch eine Studie des DJI ergänzt. Zu den erhobenen Daten zählen allgemeine Angaben zum Geschlecht und Alter, zur Staatsangehörigkeit, zum eigenen und dem elterlichen Geburtsland ebenso wie Fragen zum Schulalltag und zur beruflichen Orientierung. Daneben wurden persönliche Einstellungen zu gesellschaftspolitischen Themen wie Gleichberechtigung und körperliche Unversehrtheit thematisiert. Die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund füllten im Anschluss an die Hauptbefragung zusätzlich einen Fragebogen aus, der ihre Situation in Deutschland thematisierte und beispielsweise Fragen zu ihren Deutschkenntnissen, ihrem persönlichen Wohlbefinden und dem Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern beinhaltete. Die bereits im Jahr 2003 durchgeführte Studie „Jugend-

[7] Vgl. unveröffentlichte Evaluationsberichte von Thomas Schweer sowie die Angaben zum Projekt auf der Homepage unter www.projekt-14plus.de, zuletzt aufgerufen am 15.02.2010.

liche in Deutschland“ des 3. DJI Jugendsurvey, aus der eine Vergleichsgruppe gezogen wurde, diente als Instrument zur Erfolgskontrolle für das Modellprojekt 14plus.

Über die Befragung der Schülerinnen und Schüler hinaus wurden außerdem auch die am Modellprojekt 14plus beteiligten Lehrerinnen und Lehrer und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit Hilfe eines leitfadengestützten Telefoninterviews befragt. Thematisch fokussiert wurden nach Angaben des Verfassers die Entwicklung und Umsetzung der berufs- und gesellschaftskundlichen Module, die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Institutionen, die Einbeziehung der Eltern und die Akzeptanz des Projektes innerhalb des Lehrerkollegiums.

Untersuchungsergebnisse
Zusammengefasst lässt sich der bisherige Projektverlauf als durchaus positiv bezeichnen. Durch berufskundliche Module lernten die Schülerinnen und Schüler verschiedene Berufsfelder kennen und erlangten so einen Überblick über eigene Fähigkeiten und Neigungen. So konnte ihnen auch die Notwendigkeit einer guten Schul- und Berufsausbildung bewusst gemacht werden. Den Befragungsergebnissen nach stuften fast alle Kinder der Experimentalgruppe eine Berufsausbildung als wichtig ein, drei Viertel von ihnen hatten sogar schon konkrete Berufsvorstellung entwickelt. Zum Vergleich: In der DJI-Vergleichsgruppe wusste lediglich jeder Zweite, was er später einmal beruflich machen wollte.

Erfolgsvoraussetzung für eine Berufsausbildung ist ein Schulabschluss. Nahezu jedes Kind aus der 14plus-Gruppe vertrat die Ansicht, dass es wichtig sei, gut in der Schule zu sein, wobei der Vergleich aufzeigte, dass die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer höhere Schulabschlüsse anstrebten als ihre Altersgenossen aus der DJI-Befragung. Dabei ist den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der 14plus-Gruppe durchaus die Eigenverantwortung bewusst, d. h. sie wissen, dass in erster Linie sie selbst für ihren schulischen Erfolg verantwortlich sind und weniger die Lehrerinnen und Lehrer oder die Eltern.

Hinsichtlich des Erwerbs sozialer Kompetenzen haben die Experimentalgruppenmitglieder nach eigener Aussage gelernt, einen Perspektivenwechsel zu vollziehen und somit auch die Sicht eines Dritten einnehmen zu können. Zudem gaben sie auch an, mehr als nur eine Lösung für ein Problem zu suchen.

4.2.6 SKATinG

Skizzierung der Maßnahme
Das Projekt „Studien- und Berufswahl mit Kultusministerium, Wirtschaftsministerium, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer und den Arbeitsagenturen in Thüringen in Gymnasien“ (SKATinG) wurde im Schuljahr 2008/2009 an neun Thüringer Gymnasien in Erfurt, Weimar und im Kreis Weimarer Land in den Klassenstufen 10 und 11 mit insgesamt 905 Schülerinnen und Schüler durchgeführt. Die Arbeitsagentur Erfurt kooperierte dazu mit dem Thüringer Kultusministerium, der In-

dustrie- und Handelskammer Erfurt, der Handwerkskammer Erfurt und der Universität Erfurt. Gegenstand der Kooperation war die Entwicklung und Durchführung einer Maßnahme zur vertieften Berufsorientierung, die mit Mitteln der Agentur für Arbeit und aus dem Europäischen Sozialfond finanziert wurde. Im Fokus der Maßnahme steht die Unterstützung von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten bei ihrer frühzeitigen und systematischen Berufs- und Studienorientierung. Schülerinnen und Schüler erhielten Hilfestellungen, um zielgerichtet Informationen und Erfahrungen aus der Praxis und dem akademischen Ausbildungssystem zu sammeln. Dazu belegten sie verschiedene Pflichtmodule (z. B. Interessentest EXPLORIX, Betriebspraktikums, Hochschulbesuch, Führen eines Berufswahlpasses).

Untersuchungsdesign

Die wissenschaftliche Begleitung von SKATinG, erfolgte durch die Universität Erfurt. Ihr Ziel war es, die Erwartungen, Erfahrungen und Einschätzungen der Beteiligten zu erfassen, die Umsetzung der Ziele und die Effekte des Projektes zu ermitteln.

Die Erhebung der Daten erfolgte durch Befragungen unterschiedlicher Beteiligtengruppen in drei Schritten. Es wurden die Beobachtungen der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, die Bewertung dieser Zusammenarbeit aus der Sicht der Beteiligten und mögliche Verbesserungsvorschläge erfragt. Ferner wurden Befragungen der Mitarbeiter der Bildungsträger, der Beratungsfachkräfte der Arbeitsagentur, der Schulleitung und Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 10 und 11 durchgeführt. Die Befragungen fanden teilweise auf Grundlage von standardisierten Leitfäden und teilweise in Form von persönlichen Interviews statt. Die Schulleitung und Lehrkräfte wurden in Telefoninterviews befragt und die Daten der Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen zehn und elf wurden durch einen Online-Fragebogen erhoben. Insgesamt wurden die Mitarbeiter von vier beteiligten Bildungsträgern, fünf Berufsberater, acht Schulleiter, acht Lehrerinnen und Lehrer und 223 Schülerinnen und Schüler befragt.

Untersuchungsergebnisse

Im Folgenden werden lediglich die Untersuchungsergebnisse vorgestellt, die sich auf die Veränderungen beziehen, die die Jugendlichen der Maßnahme zuschreiben. Aufgrund der unterschiedlichen Ergebnisse wird zwischen der Klassenstufe zehn und elf unterschieden.

Die Durchführung des Interessentestes EXPLORIX in der Klassenstufen 10 regte nach eigener Aussage zwei Drittel der Jugendlichen dazu an, mehr über die eigenen Interessen und Fähigkeiten nachzudenken. Dies führte u. a. dazu, dass knapp die Hälfte der Jugendlichen auch zu neuen Ideen bezüglich ihrer Berufswahl gekommen ist. Weniger erfolgreich war die Durchführung des Interessentest hingegen in der Klassenstufe 11. Mehr als 50 Prozent der Befragten gaben an, dass sie weder verstärkt über ihre Interessen und Fähigkeiten nachgedacht haben, noch dass sie zu neuen Ideen bezüglich ihrer Berufswahl gekommen sind.

Die durchgeführten Maßnahmen wurden von fast 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe zehn als nützlich bezeichnet. Die Mehrheit gab an, dass sie Recherchetechniken erlernt hat, um an berufswahlrelevante Informationen zu gelangen. Über 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler konnten nach dem Projekt für sich konstatieren, dass das Thema Berufswahl Relevanz in ihrem Leben hat und dass sie sich mit ihrer beruflichen Zukunft auseinandersetzen müssen. Bei den Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 11 zeigte sich allerdings erneut ein schwächeres Ergebnis: Die Mehrheit gab an, dass die Veranstaltungen nicht nützlich waren und zwei Drittel bemängelten, dass sie kaum etwas darüber gelernt hätten, wie sie an wichtige Informationen zum Thema Berufs- und Studienwahl kommen. Über 82 Prozent der Schülerinnen und Schüler bemängelten zudem, dass sie nicht oder nur wenig darüber gelernt haben, wie man sich bewirbt.

4.2.7 Zukunftscamp – FUTURE NOW 2008

Skizzierung der Maßnahme

Das insgesamt zwei Jahre umfassende Projekt „FUTURE NOW“ des DGB Bildungswerks richtet sich auf freiwilliger Basis an Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse von Haupt- und Gesamtschulen. Konzeptionell ist „FUTURE NOW“ eine Antwort auf die zahlreichen Untersuchungsergebnisse, die darlegen, dass die Familie die wichtigste Bildungsinstanz von Kindern ist und ihr sozio-ökonomischer Status eine zentrale Determinante für den schulischen Bildungserfolg.

Den Auftakt des Projektes bildete das dreiwöchige Zukunftscamp in den Sommerferien 2008, an das eine Reihe von Follow-Up-Wochenenden anschließt, die sich über die folgenden zwei Schuljahre erstreckt. In diesem Veranstaltungsformat wurde für jeweils rund 60 Jugendliche in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg das Thema „Zukunft“ in affektiver, sinnlicher, theoretischer und praktischer Form erlebbar. Die Hintergrundfolie der Auseinandersetzungen war dabei stets die eigene berufliche Orientierung. Mit Hilfe des Projektes konnten Jugendliche verschiedene Berufsfelder kennen lernen und im Rahmen von Projektarbeiten mit eigenen Fähigkeiten und Selbstbildern abgleichen bzw. diese reflektieren.

Ausdrückliche Zielsetzung des Zukunftscamps ist es, positive (Lern)Erfahrungen und Rückmeldungen bei den Jugendlichen zu hinterlassen, sodass ein Grundstein für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und effektive Berufsorientierung gelegt ist. Im Zentrum der Maßnahme steht deswegen auch die Arbeit an den eigenen Stärken (vgl. Overwien/Schleich 2008).

Untersuchungsdesign

Das Untersuchungsdesign zu „FUTURE NOW“ ist mehrdimensional und besteht aus einer Dokumentenanalyse des Konzeptes, aus der Analyse wissenschaftlicher Literatur sowie aus Gesprächen mit den Veranstaltern. Im Kern stehen allerdings 16 Gruppeninterviews mit über 100 Teilnehmenden, die detailliert ausgewertet wurden. Den Schwerpunkt der Gruppeninterviews bildete die Frage, was die Jugendlichen in

den drei Wochen des Zukunftscamps gelernt hatten (vgl. Overwien/Schleich 2008: 9).

Untersuchungsergebnisse
Das ZUKUNFTSCAMP erreichte - so der Bericht - seine Ziele in beeindruckender Weise. Die Befragung der Jugendlichen ergab, dass diese während der Campzeit relevante Lernprozesse durchlaufen konnten. Extrahiert man die Bewertungen der Lernprozesse durch die Jugendlichen, so lassen sich diese wie folgt darstellen:

Die Teilnehmenden

- reflektierten persönliche Stärken und Schwächen in der Gruppe und bearbeiteten diese gemeinsam,
- entwickelten eine positivere Einstellung zu den Themen „Lernen“ und „Gruppe“,
- erlebten sich in der Gruppe und den Projekten selbst auf eine neue Art und Weise und machten dabei bewusst Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, die sich wiederum positiv auf ihr Selbstbewusstsein auswirkten,
- erwarben Fähigkeiten des strukturellen Bearbeitens von Aufgaben und entwickelten Strategien des Durchhaltens,
- entwickelten Strategien des Umgangs mit schulischen Problemen und stärkten dabei ihre Frustrationstoleranz, ihre Teamfähigkeit und Kooperationsbereitschaft,
- erlernten, sich qualifiziert mit beruflichen Zielen auseinanderzusetzen,
- erwarben Motivation, um sich in Berufen mittels Praktika auszuprobieren und ggf. höhere Schulabschlüsse zu machen.

Der Bericht der Studie verweist ausdrücklich darauf, dass die im Rahmen der Gruppeninterviews mehrfach getroffenen, d. h. durch Wiederholung verdichteten Aussagen von den Evaluatoren zusammengefasst und interpretiert wurden. Damit erfüllt die Evaluation nicht die strengen Kriterien einer wissenschaftlichen Analyse, die umfänglich auf die Ergebnisse der Jugendforschung rekurriert, ermöglicht aber eine Sicht auf die Erfahrungen der Jugendlichen aus ihrer individuellen Perspektive. Die Untersuchung hat damit einen eher explorativen Charakter und ermöglicht Einblicke in das Programmgeschehen (vgl. Overwien/Schleich 2008: 6).

4.3 Grenzen dieser Studien

Die im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Untersuchungen liefern wichtige Informationen zum Ablauf der Projekte und zu ihrer Wahrnehmung durch die Beteiligten. Sie geben wertvolle Hinweise auf die möglichen Wirkungen und können durch die Einsicht der Evaluatoren in die Prozesse der Projekte auch wichtige Hinweise für zukünftige Projekte geben. Ihre Erkenntnisse sind jedoch zumeist stark an die untersuchenden Personen und deren Interessen geknüpft und es wäre denkbar, dass andere Personen zu anderen Ergebnissen gekommen wären. Sie können nicht ausschließen, dass durch die enge Einbindung der Untersuchung in das Projektkonzept Antworten im Sinne einer „Erwünschtheit“ gegeben wurden, was die zum

Teil euphorisch positiven Ergebnisse erklären würde, die z. B. bei Gruppendiskussionen im Kontext eines Camps erzielt wurden.

Soweit erkennbar, sind keine systematischen Implementationsstudien durchgeführt worden, die Stärken und Schwächen der Konzeptumsetzung und der Kooperation analysiert hätten, ebenso sind keine systematisch konstruierten Kontrollgruppen untersucht worden. Dies bedeutet, dass es sich bei diesen Studien nicht um Evaluationsstudien im engeren Sinne handelt, die wissenschaftlichen Kriterien genügen würden. Einige von ihnen haben fast die Diktion von Werbebroschüren, sodass hier offensichtlich die wissenschaftliche Distanz fehlte, vor allem wenn die „Evaluation" von den Protagonisten der Maßnahme selbst durchgeführt wird. Das hat nicht zwangsläufig zur Folge, dass die Ergebnisse falsch sind, allerdings ist eine gewisse Skepsis gegenüber diesem Vorgehen angezeigt.

4.4 Beschreibung weiterer Evaluationsvorhaben

In diesem Abschnitt stellen wir einige Evaluationsprojekte vor, die Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung nach wissenschaftlichen Kriterien evaluieren. Sie zeichnen sich durch den Versuch aus, die Projekte ergebnisoffen und kritisch unter die Lupe zu nehmen. Typischerweise versuchen sie nicht nur eine allgemeine Maßnahmewirkung aufzuzeigen, sondern zu analysieren, für wen eine Maßnahme besser oder weniger gut wirkt. Meist werden in solchen Evaluationsvorhaben qualitative und quantitative Methoden kombiniert, um sowohl nachvollziehbare Informationen über Prozesse als auch über gefühlte Effekte hinausgehende Wirkungen zu beschreiben. Idealerweise sollten Evaluationen die so genannte kontrafaktische Frage beantworten: „Was wäre, wenn eine Person an einer Maßnahme nicht teilgenommen hätte?" Diese Frage lässt sich nicht beobachten, sondern nur mit Hilfe einer Kontrollgruppe schätzen.

4.4.1 AQB 1 - ein Beispiel für Evaluation nach wissenschaftlichen Standards

Das Projekt „Abschlussquote erhöhen - Berufsfähigkeit steigern (AQB 1)" fand an 24 Schulen in Niedersachsen in statt. Es begann im Februar 2007 und endete im Juli 2008. Zielgruppe der Maßnahme waren Hauptschülerinnen und -schüler, die zu Projektbeginn die 8. Klasse besuchten (2. Halbjahr) und als akut abschlussgefährdet galten. Diese Jugendlichen wurden in so genannten „Berufsstarterklassen" zusammengeführt. Bei einem reduzierten Unterrichtsprogramm - z. T. auch unter Wegfall ganzer Fächer wie Musik, Kunst oder Sport - absolvierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein bis zwei Praxistage pro Woche in einem Betrieb. Zusätzlich erhielten die Klassen pädagogische Unterstützung durch so genannte Berufsstartbegleiter. Bei der genauen Ausgestaltung der Maßnahme gab es recht große Spielräume. Die Hauptziele von AQB 1 bestanden darin, die Chancen der teilnehmenden Jugendlichen auf den Erwerb des einfachen Hauptschulabschlusses und den Zugang zu einer voll qualifizierenden Ausbildung zu verbessern. Bei AQB 1 handelte es sich um ein gemeinsames Projekt der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der

Bundesagentur für Arbeit und des Landes Niedersachsen. Projektträger war das Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft (BNW).

Evaluation
Evaluiert wurde das Projekt im Auftrag der Regionaldirektion Niedersachsen/ Bremen der Bundesagentur für Arbeit durch das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI). Durch die Evaluation sollten zwei Leitfragen beantwortet werden:

1. Sind die Schülerinnen und Schüler mit dem Besuch einer Berufsstarterklasse mit einer höheren Wahrscheinlichkeit erfolgreich, als wenn sie weiterhin eine „normale“ Hauptschule besucht hätten?

2. Hatten die Implementationsfaktoren des Projektes AQB 1 einen positiven Effekt auf die Zieldimensionen des Projekts?

3. Inwieweit wurde die Ausbildungsplatzsuche durch Standortfaktoren beeinflusst (Solga et al. 2010: 8)?

Die untersuchten Erfolgskriterien waren der Erwerb des Hauptschulabschlusses, die Verbesserung der sozialen Kompetenzen und der schulischen Leistungen sowie der Übergang in eine Ausbildung.

Die Untersuchung war komplex angelegt und bestand aus einer Längsschnittuntersuchung, in deren Rahmen die teilnehmenden Jugendlichen und Jugendliche einer Kontrollgruppe insgesamt viermal befragt wurden. Als Kontrollklassen dienten jeweils eine Parallelklasse an jedem der 24 Standorte und jeweils eine Klasse im gleichen Jahrgang an vier niedersächsischen Schulen, die nicht am Projekt teilgenommen haben. Zusätzlich wurden schriftliche Befragungen von Lehrkräften und Berufsstartbegleiterinnen und -begleiter sowie teilnehmende Beobachtungen von Besprechungen der Steuerungsgruppe durchgeführt. Schließlich wurden insgesamt 88 Experteninterviews durchgeführt. Um den Einfluss lokaler und regionaler Gegebenheiten erfassen zu können, wurden zudem Standortanalysen erstellt.

Ergebnisse und Konsequenzen
Das Projekt AQB 1 hat seine beiden Hauptzielsetzungen, die Erlangung des Hauptschulabschlusses und den Übergang in eine Ausbildung, im Großen und Ganzen erreicht (i. F. vgl. Solga et al. 2010: 109 ff.).

Annähernd so viele Schülerinnen und Schüler, die am Projekt teilgenommen haben (92 %) wie diejenigen aus den Kontrollklassen (97 %) erreichten einen Abschluss, was angesichts des höheren schulischen Ausgangsniveaus der Kontrollklassen ein gutes Ergebnis ist. Etwa ein Fünftel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichten keinen oder nur einen schlechten Abschluss. Fast die Hälfte der Jugendlichen aus den Berufsstarterklassen, die nach der 9. Klasse die Schule verließen, begannen eine Ausbildung (38 % derjenigen aus den Kontrollklassen). Gerade vor dem Hintergrund, dass die meisten Schulen in Agenturbezirken mit hoher Arbeitslosigkeit

lagen, ist dies ein gutes Ergebnis. Diese Erfolge (und andere, die wir hier aus Platzgründen nicht darstellen können) werden jedoch dadurch getrübt, dass es im Projekt eine hohe Fluktuation gegeben hat, dass nur etwa ein Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Zielgruppe im engeren Sinne gehörte (mit schlechten Noten in Mathematik und Deutsch) und dadurch, dass die Teilnahme für bestimmte Gruppen keine Vorteile gebracht hat.

Wird das unterschiedliche Leistungsniveau mit multivariaten Analysen kontrolliert, lässt sich das Bild differenziert darstellen. Bezogen auf die Schulleistungen hatten Schülerinnen und Schüler mit schlechtem Ausgangsniveau höhere Chancen, ihre Leistungen zu verbessern. Schülerinnen und Schüler mit schlechten Abschlussleistungen hatten auch bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz als vergleichbare Jugendliche aus den Kontrollklassen. Für Jugendliche mit guten Leistungen wirkte sich die Projektteilnahme dagegen eher negativ aus. Sie konnten schulisch nicht von der Berufsstarterklasse profitieren und waren durch eine Stigmatisierung als „akut abschlussgefährdet“ bei der Ausbildungssuche sogar benachteiligt. Für Mädchen wirkte sich die Projektteilnahme bei der Ausbildungsplatzsuche ebenfalls tendenziell negativ aus. Jugendliche mit Migrationshintergrund profitierten sowohl schulisch als auch im Hinblick auf ihre Ausbildungschancen. Die erste Leitfrage der Evaluation muss damit ambivalent bzw. nach Gruppen differenziert beantwortet werden.

Hinsichtlich der Implementationsbedingungen (2. Leitfrage) stellen die Autorinnen fest, dass sich angesichts einer großen Homogenität bei der Durchführung der Maßnahme keine spezifischen Bedingungen benennen lassen, die den Erfolg der Maßnahme berührt hätten. Insgesamt waren wohl die Praxistage die wichtigste Bedingung für die relativ erfolgreiche Suche nach einem Ausbildungsplatz. Dies zeigt sich am hohen Anteil der teilnehmenden Jugendlichen, die einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhielten. Bezogen auf die schulischen Leistungen zeigte sich, dass die Reduktion von Unterrichtsstunden und die Konzentration auf Kernfächer nicht notwendigerweise das Niveau des Schulabschlusses anhob.

Die Standortbedingungen spielten eine untergeordnete Rolle bei der Erreichung der Projektziele. Damit lässt sich die Frage positiv beantworten, ob eine Übertragbarkeit des Projekts auf andere Standorte möglich wäre. Auch in Regionen mit einer ungünstigen Situation auf dem Ausbildungsplatzmarkt gelang es, die benötigten Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen. Dagegen könnte das Projekt bei einer Ausweitung innerhalb der beteiligten Regionen durchaus an Grenzen stoßen.

Bewertung und Handlungsempfehlungen

Die Autorinnen sehen die Evaluation von AQB 1 als Referenzstudie, da es eine durchgehende Tendenz in vielen Bundesländern ist, für problematische Jugendliche schulische Anteile zu verringern und Praxisanteile zu erhöhen. Insofern reicht die Bedeutung der Studie über die Frage hinaus, wie erfolgreich AQB 1 gearbeitet hat. Gleichzeitig hat die Studie einige methodische Einschränkungen, die auch von den Wissenschaftlerinnen, die an der Studie beteiligt waren, gesehen werden. Dazu gehört neben den kleinen Fallzahlen, die die Signifikanz der Ergebnisse beeinträch-

tigen, der begrenzte Beobachtungszeitraum und die Einschränkung, dass ein Vergleich nur mit den Schülerinnen und Schüler aus den Kontrollklassen möglich war, die ebenfalls nach der 9. Klasse die Schule verlassen haben. Inwieweit ein weiterer Schulbesuch zumindest für einen Teil der Jugendlichen sinnvoll gewesen wäre und welchen Einfluss er auf Schulleistungen und Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche gehabt hätte, kann die Evaluation mit diesem Design nicht untersuchen. Aus unserer Sicht ist anzumerken, dass auch diese Studie nicht über eine „echte“ Kontrollgruppe verfügt, da sich die untersuchten Kontrollklassen in der Leistungsstärke von den Berufsstarterklassen deutlich unterschieden.

Trotz dieser Einschränkungen gibt die Studie wichtige Hinweise für eine Übertragung des Projekts (vgl. Solga et al. 2010: 119 ff.). Dazu gehört beispielsweise, dass eine solche Maßnahme so angelegt sein sollte, dass möglichst keine Zielkonflikte zwischen der Aufnahme einer Ausbildung und weiterem Schulbesuch entstehen. Bei AQB 1 wurde einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Besuch der 10. Klasse mit Verweis auf die Projektteilnahme verwehrt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Praktikumstage zu einer Reduktion des Unterrichts führen müssen. Stattdessen könnte man das 8. und 9. Schuljahr auf drei Jahre strecken und nachhaltigere Effekte im Hinblick auf Ausbildungserfolg erzielen. Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollte so verbessert werden, dass für die relativ guten Schülerinnen und Schüler kein Nachteil bei der Ausbildungsplatzsuche entsteht. Außerdem ist gerade für sie eine „Zwangsbeendigung“ der Schule nach der 9. Klasse kontraproduktiv.

Eine Konzentration akut abschlussgefährdeter Schülerinnen und Schüler in den Abschlussklassen ist problematisch, da sie die Lernumgebung für die Beteiligten verschlechtert Stattdessen sollten Möglichkeiten individueller Förderung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern - die ansonsten in ihrer alten Klasse verbleiben - geprüft werden. Hinsichtlich der Praktika könnte eine Erleichterung auch für die Betriebe darin bestehen, die Form eines Blockpraktikums statt eines oder zweier Praxistage in der Woche zu wählen. Die derzeitige Konzentration auf jungenspezifische Tätigkeiten sollte neu justiert werden, damit Mädchen stärker von der Maßnahme profitieren. Schließlich sollte die sinnvolle engmaschige Betreuung über den Schulabschluss bzw. den Ausbildungsbeginn hinweg beibehalten werden, um den nachhaltigen Erfolg der Maßnahme zu sichern.

Alles in allem zeigt sich, dass die Evaluation durch ihr komplexes und aufwendiges Design trotz eines insgesamt positiven Ergebnisses für das Programm in der Lage ist, eine Fülle von Hinweisen für künftige Verbesserungen zu geben. Dies liest sich zwar nicht wie eine Erfolgsmeldung, aber den betroffenen Jugendlichen und letztlich auch der Auftraggeberin ist eher mit einer Evaluation nach wissenschaftlichen Standards gedient, die Schwachstellen und nötigenfalls auch Misserfolge aufdeckt.

4.4.2 Laufende Evaluationen

AQB 2 - „Vertiefte Berufsorientierung und Praxisbegleitung an Hauptschulen“

Die Modellprojekte „Abschlussquote erhöhen – Berufsfähigkeit steigern 2“ und „Vertiefte Berufsorientierung und Praxisbegleitung an Hauptschulen“ (AQB 2 und VBOP) der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit und des Landes Niedersachsen haben im ersten Halbjahr der 8. Klasse des Schuljahres 2008/09 (August 2008) begonnen. Ziel der Projekte ist es, die Chancen von akut schulabschlussgefährdeten Jugendlichen für den Erwerb eines einfachen Hauptschulabschlusses sowie den Zugang zu einer voll qualifizierenden Ausbildung zu verbessern. An 45 Schulen in Niedersachsen wurden dazu insgesamt 46 Projektklassen (22 Berufsstarterklassen/AQB 2 und 24 Praxisklassen/VBOP) für den Zeitraum von August 2008 (Beginn der 8. Klasse) bis Juli 2010 (Ende der 9. Klasse) mit einer zusätzlichen Unterstützung durch Berufsstart- bzw. Praxisbegleiter/innen eingerichtet. An einem Standort wurden sowohl eine Berufsstarter- als auch eine Praxisklasse eingerichtet. Die beiden Projekte AQB 2 und VBOP verfolgen leicht unterschiedliche Ziele:

- Zielgruppe des Projekts AQB 2 sind abschlussgefährdete Schüler/-innen der 8. und 9. Hauptschulklasse, die in Berufsstarterklassen zusammengeführt werden. Ziel dieses Projekts ist das Erreichen eines Hauptschulabschlusses sowie die Beseitigung weiterer Vermittlungshemmnisse, wodurch bei ca. 50 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Übergang von der Schule in die Ausbildung und den Beruf gelingen soll.

- Zielgruppe des Projekts VBOP sind lern- und leistungsschwache Schülerinnen und Schüler der 8. Hauptschulklasse (9. Klasse bei Förderschulen), die in Praxisklassen zusammengeführt werden. Schwerpunkt dieses Projekts ist die Verbesserung der beruflichen Orientierung sowie die Entwicklung der Ausbildungsreife dieser Jugendlichen.

Das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) wurde mit der Evaluation dieser Projekte beauftragt. Im Rahmen der Evaluation werden als Kontrollgruppe die Schülerinnen und Schüler aus einer der Parallelklassen der jeweiligen Berufsstarter- und Praxisklassen (an den 45 teilnehmenden Schulstandorten) befragt. Das Untersuchungsdesign folgt im Wesentlichen der Studie „AQB 1“. Es ist dadurch komplexer, dass nicht nur Teilnehmende und Nicht-Teilnehmende verglichen werden können, sondern auch die Teilnahmeeffekte beider Maßnahmen im Vergleich analysiert werden.

Im Verlauf der Studie werden die Jugendlichen insgesamt fünfmal befragt, zuletzt drei Monate nach Projektende zu ihrem Verbleib. Zur Einordnung in die regionale Situation werden Standortanalysen durchgeführt. Ergebnisse der Studie sind im Laufe des Jahres 2011 zu erwarten.

Werkstatt-Schule

Das Modellprojekt „Werkstatt-Schule“ des Saarlandes und der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit stellt in Anbetracht der besonders für Hauptschülerinnen und -schüler problematischen Ausbildungssituation einen innovativen und ganzheitlichen Versuch dar, präventiv zu wirken und Elemente einer betrieblichen Ausbildung bereits in das letzte Jahr der regulären Schulausbildung zu integrieren. Besonders abschlussgefährdete Jugendliche aus (erweiterten) Realschulen und Gesamtschulen werden - für die 9. Klasse - in sechs „Werkstatt-Klassen“, welche an drei (ursprünglich vier) Berufsbildungszentren im Saarland angegliedert sind, gezielt gefördert. Ziel ist es, ihre Ausbildungsreife zu verbessern und sie individuell auf den Eintritt in die Arbeitswelt vorzubereiten. Konkret geht es dabei vor allem darum, diesen akut abschlussgefährdeten Jugendlichen zum Erwerb des Hauptschulabschlusses zu verhelfen und sie in eine duale Ausbildung zu vermitteln. Das Projekt schließt an die Erfahrungen der „Produktionsklassen“ an, in denen bereits berufsschulpflichtige Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss in den Berufsbildenden Schulen sozialpädagogisch begleitet worden sind.

Ziel der Evaluation des Projektes, die durch das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) durchgeführt wird, ist es zu untersuchen, inwieweit die im Rahmen des Projekts durchgeführten Maßnahmen die Chancen der beteiligten Jugendlichen, einen Hauptschulabschluss zu erlangen und in das duale System einzumünden, verbessern. Kontrollgruppen sind BVJ-Klassen an denselben Berufsbildungszentren, also Jugendliche, die im Durchschnitt älter und bereits einmal am Hauptschulabschluss gescheitert sind. Insofern misst die Evaluation den Effekt einer frühzeitigen Intervention.

Ausgangspunkt der Evaluation ist dabei die Annahme, dass die Schwierigkeiten von abschlussgefährdeten Jugendlichen beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung das Ergebnis vielfältiger Faktoren sind, die sich in vier Grundprozesse der Benachteiligung bündeln lassen: Verdrängung, Diskreditierung, soziale Verarmung und Stigmatisierung (siehe Solga 2005). Die Evaluation des Projekts orientiert sich daran, inwieweit das Projekt mit seinen Maßnahmen an den genannten Prozessen ansetzt und ihnen entgegensteuert bzw. sie positiv beeinflusst. Ein wichtiges Bewertungskriterium ist daher die Verbesserung der Chancen, in das duale Ausbildungssystem einzumünden. Darüber hinaus begreift die Evaluation aber auch einen generellen Gewinn an (berufsrelevanten) Kompetenzen sowie die Erhöhung der Lernmotivation als Erfolg. Zudem sollen die Möglichkeiten und Bedingungen der Übertragung des Modellkonzepts auf andere Schulen überprüft und eine Kosten-Nutzen-Analyse erstellt werden.

Erhebungsmethode des Projekts sind standardisierte Klassenraumbefragungen (Projekt- und Kontrollklassen). Diese werden ergänzt durch qualitative Interviews mit Lehrkräften, Sozialpädagogen, Vertretern von Praktikumsbetrieben, Berufsberatern und sonstigen Akteuren. Ergebnisse der Evaluation werden Anfang 2011 vorliegen.

Kooperatives Übergangsmanagement Schule-Beruf
Die Evaluation des Projekts „Hauptschultalente für die Metropolregion – Kooperatives Übergangsmanagement Schule-Beruf KÜM“ wird durch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen durchgeführt. Es handelt sich um ein quantitatives Konzept, in dessen Rahmen Schülerinnen und Schüler zu ihrer beruflichen bzw. Ausbildungssituation nach Abschluss der Hauptschule befragt wurden. Die Maßnahme, an der annähernd 700 Schülerinnen und Schüler aus 15 Schulen der Rhein-Neckar-Region teilnehmen, dauert überwiegend zwei Jahre. Wichtige Elemente der Maßnahme sind Berufspraktika, Bewerbungs-Coachings, Hilfe bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, Festlegung von Zielvereinbarungen, Besuche bei der Agentur für Arbeit, Betriebsbesichtigungen oder Unterstützungsbausteine. Bei ihren Aktivitäten werden die Schülerinnen und Schüler durch so genannte Lotsen unterstützt. Zum Teil werden mit ihnen Zielvereinbarungen abgeschlossen.

Die Evaluation verfolgt die Entwicklung der Schulleistungen, Aktivitäten der Ausbildungsplatzsuche und der eingeschlagenen Ausbildungswege nach Abschluss der Schule. Dabei bedient sie sich einer Vergleichsgruppe nicht teilnehmender Schülerinnen und Schüler. Bislang liegen keine publizierten Ergebnisse des Projekts vor, dies wird im Jahr 2011 der Fall sein.

5 Ausblick: Perspektiven einer Evaluation von (erweiterter) vertiefter Berufsorientierung

5.1 Grundlagen der Evaluation

Grundlage jeder Evaluation arbeitsmarktpolitischer Interventionen sind die Ziele, die mit der jeweiligen Maßnahme verfolgt werden. Die Erreichung dieser Ziele, also die Wirkung, kann dann im Hinblick auf alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bzw. auf Subgruppen analysiert werden, zumeist im Vergleich mit einer Kontrollgruppe, um die so genannten Nettoeffekte zu ermitteln. Die Ziele des § 33 SGB III i. V. m. § 421q sind sehr allgemein gehalten. Es geht darum, „einen vertieften Einblick in die Berufs- und Arbeitswelt zu erhalten und damit besser auf die Berufswahl vorbereitet zu werden. Der Anteil unversorgter Bewerber kann dadurch verringert werden“ (Geschäftsanweisung der Bundesagentur für Arbeit, Juni 2008). Dies sind schon zwei Ziele: die Zieldimension „vertiefter Einblick in die Berufs- und Arbeitswelt“ kann man bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Maßnahme erfragen. Hierzu müsste man die Tiefe des Einblicks vor und nach der Maßnahme mit geeigneten Instrumenten erheben. Die Zieldimension „Anteil unversorgter Bewerber verringern“ kann man statistisch abbilden, allerdings erscheint es schwierig, die angedeutete Kausalität („dadurch“) nachzuweisen, zumal demografische Entwicklungen und die Lage am Arbeitsmarkt wahrscheinlich sehr viel größere Effekte auf den Anteil unversorgter Bewerber haben dürften.

Die Gesetzesbegründung unterscheidet sich davon noch einmal: „Ziel ist es, fundierte Berufswahlentscheidungen der Jugendlichen zu ermöglichen, Ausbildungsabbrüchen wegen Fehlentscheidungen vorzubeugen, und damit letztlich die Übergänge von Schule in Ausbildung zu erleichtern“ (Deutscher Bundestag 2007). Das

Ziel, fundierte Entscheidungen zu ermöglichen, dürfte weitgehend mit den in der Geschäftsanweisung angesprochenen vertieften Einblicken korrespondieren und ähnlich zu erfassen sein. Das Vermeiden von Ausbildungsabbrüchen ist wiederum ungleich schwerer zu erfassen, da in aller Regel nur die vollzogenen Abbrüche bekannt sind, aber nicht die vermiedenen, und selbst wenn diese bekannt wären, ließen sie sich nur schwer kausal zuordnen. Das Ziel „Übergänge von Schule in Ausbildung erleichtern“ entzieht sich einer Evaluation, da es so allgemein formuliert ist, dass es eine nicht bestimmbare Anzahl von Dimensionen erfasst.

Die Geschäftsanweisung der Bundesagentur für Arbeit benennt verschiedene Kernelemente der Maßnahmen, die auf unterschiedliche Teilziele abstellen (vgl. S. 8):

Diese Teilziele lassen sich in der Regel operationalisieren und untersuchen; allerdings gibt es keine Gewähr dafür, dass man damit den angestrebten übergeordneten Zielen tatsächlich näher kommt. Bei den bisher durchgeführten Maßnahmen hat die Vermittlung berufskundlicher Informationen die größte Bedeutung, während die übrigen Elemente unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Daneben spielte auch die Vermittlung von Sozialkompetenzen eine Rolle. Insgesamt lassen sich die genannten Kernelemente zwei übergeordneten Zielen zuordnen: (1) einer besseren Vorbereitung von Jugendlichen auf die Berufswahl und (2) der Verbesserung des Übergangs von der Schule in berufliche Ausbildung.

Um zu erfahren, ob eine Maßnahme diese Ziele erreicht - und wie sie sie erreicht -, muss man Informationen über die Teilnehmergruppe in Erfahrung bringen, eine Kontrollgruppe bilden und die Zieldimensionen mit geeigneten Messkonzepten erfassen (Kausalanalyse). Ebenfalls notwendig ist es, zu analysieren, wie die Maßnahme in die Praxis umgesetzt wird, d. h. wer macht was, mit wem und zu welchem Zeitpunkt? Oder anders ausgedrückt: Worin genau besteht das „Treatment“ (Implementationsanalyse)? Sinnvoll ist es in den meisten Fällen, auch Standortfaktoren in die Untersuchung einzubeziehen, um Standorteffekte von Maßnahmeeffekten abgrenzen zu können (Standortanalyse).

Herausforderungen für eine Evaluation

Das fundamentale Problem einer kausalen Wirkungsanalyse besteht in der Frage: Was wäre mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer Maßnahme geschehen, wenn sie keine Maßnahme -oder aber eine andere - besucht hätten? Diese „kontrafaktische“ Situation ist aber unbeobachtbar und muss mittels geeigneter, ökonometrischer Methoden geschätzt werden. Dies geschieht ex post mit Hilfe so genannter Matching-Verfahren oder ex ante durch soziale Experimente, bei denen nur ein Teil einer vorher ausgewählten Gruppe nach dem Zufallsprinzip in die Maßnahme zugewiesen wird. In jedem Fall ist es notwendig, dass detaillierte Informationen über die Grundgesamtheit (alle für eine Maßnahme in Frage kommenden Personen) vorhanden sind. Sind diese Informationen nicht in den Geschäftsdaten enthalten, müssen sie erhoben werden.

Zweitens ist Voraussetzung, dass das „Treatment“, also das, was in einer Maßnahme geschieht, auch für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer vergleichbar ist. Dies ist üblicherweise bei den großen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik wie Eingliederungszuschüssen, Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) oder Beschäftigung schaffenden Maßnahmen der Fall. Unter Umständen können aber Ausgestaltungsvarianten so groß sein, dass sie de facto andere Maßnahmen konstituieren, auch wenn der Fördertopf derselbe ist. Dies führt dann dazu, dass die Frage, wie eine bestimmte Förderung wirkt, ohne Spezifizierung der Inhalte nicht sinnvoll beantwortet werden kann. Im Folgenden befassen wir uns mit den inhaltlichen und den methodischen Herausforderungen einer Evaluation der Maßnahmen nach § 33 i. V. m. § 421q SGB III.

Inhaltliche Probleme

Die vielen gleichrangigen Ziele des Programms haben in der Realität zu einer Fülle von Maßnahmen geführt, die sich in ihren Kernelementen, den anvisierten Zielgruppen, der Dauer und der Einbindung in den Schulunterricht sowie in den Durchführungsformen teilweise deutlich voneinander unterscheiden. Diese Heterogenität wird noch dadurch vergrößert, dass es an vielen Schulen, insbesondere an Hauptschulen, ähnliche Maßnahmen gibt, die von anderen Institutionen finanziert werden. In der Praxis ist denn auch öfter von einem „Maßnahmedschungel“ im Bereich der Berufsorientierung an Schulen die Rede, der selbst für Experten vor Ort kaum mehr zu überblicken sei. Daher nehmen wir an, dass man kaum noch Hauptschulen in Deutschland finden wird, an denen keine vertiefte berufsorientierende Maßnahme angeboten wird. Eine Evaluation ist dagegen auf eine Kontrollgruppe ohne Treatment angewiesen, um den Nettoeffekt einer Maßnahme zu identifizieren. Ansonsten bleibt nur die Lösung, die Wirkungen unterschiedlicher Maßnahme(-type)n miteinander zu vergleichen. Eine Aussage dazu, ob Maßnahmen (erweiterter) vertiefter Berufsorientierung insgesamt einen positiven Effekt auf das Berufswahlverhalten und den Übergang in Ausbildung haben, kann damit allerdings nicht getroffen werden.

Methodische Probleme

Um Maßnahmen des Übergangsmanagements zu evaluieren, die bereits in allgemein bildenden Schulen ansetzen, ist in jedem Fall das Vorhandensein von Individualdaten möglichst vieler Schülerinnen und Schüler an den infrage kommenden Schulen sowie ggf. den Kontrollschulen notwendig. Des Weiteren ist es notwendig, relevante Informationen über strukturelle Bedingungen (insbesondere Merkmale der Schule und den regionalen Ausbildungsstellenmarkt) zu haben, um den Einfluss dieser Faktoren auf den Übergang kontrollieren zu können.

Eine notwendige Voraussetzung, um den Erfolg von Übergangsmaßnahmen nach unterschiedlichen Zeitdauern abschätzen zu können, besteht darin, die Ergebnisvariable, in diesem Falle den Verbleib der Jugendlichen nach der Maßnahmeteilnahme, im Zeitverlauf genau abbilden zu können. Dabei stellt sich das Problem, dass zu den meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen - insbesondere zu Nicht-

Teilnehmenden am Programm - noch keine nutzbaren administrativen Daten vorliegen. Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung sind zwar Einträge in den Geschäftsdaten vorgesehen, häufig handelt es sich dabei allerdings um Momentaufnahmen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauchen erst wieder nach längerer Zeit in den administrativen Daten auf. Die für eine isolierte Messung des Maßnahmeeffekts erforderlichen Kenntnisse über die gesamten „Übergangskarrieren" fehlen. Zudem liegen systematische Daten über Nicht-Teilnehmende während der Schulzeit in den Daten der Bundesagentur für Arbeit nicht vor. Generell ist die Möglichkeit einer Nutzung von Prozessdaten für eine Evaluation als gering einzuschätzen. Dies ergibt sich schon allein daraus, dass laut Auskunft der Regionaldirektionen allein 2008 über 270 Tsd. Schülerinnen und Schüler an Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung teilgenommen haben, während in der Statistik seit Oktober 2007 lediglich 130.000 Zugänge registriert sind.

Ein weiteres Problem ist die unterschiedliche Auslegung von Datenschutzrichtlinien in verschiedenen Bundesländern. Dadurch kann es passieren, dass bei einem bundeslandübergreifeden Projekt Datenerhebungen in einem Bundesland einfacher sind und schneller möglich sind als in einem anderen oder dass Daten, die in einem Bundesland zur Verfügung stehen in einem anderen nicht verwendet werden dürfen. Dies bedeutet einen großen bürokratischen Aufwand bei der Planung und Durchführung von Forschungsprojekten und kann zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen. Grundsätzlich ist es - aus nachvollziehbaren Gründen - schwierig, Schülerinnen und Schüler zu befragen, da regelmäßig die Erlaubnis der Eltern eingeholt werden muss, was die Antwortraten häufig stark senkt und somit ebenfalls die Aussagekraft von Evaluationsstudien beeinträchtigen kann.

Das zweite Ziel der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung, die verbesserte Vorbereitung der Jugendlichen auf die Berufswahl, ist im Gegensatz zum Verbleib nach der Maßnahme ein qualitatives Kriterium, das ohnehin nur mittels Befragungsdaten erfasst werden kann.

5.2 Empfehlungen für ein Evaluationskonzept

Angesichts dieser Herausforderungen stellt sich zunächst die Frage, ob eine Evaluation der Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung überhaupt machbar erscheint. Diese Frage kann unseres Erachtens grundsätzlich positiv beantwortet werden; allerdings ist dies nur mit relativ hohem Aufwand zu bewerkstelligen. Die inhaltliche Herausforderung der Maßnahmeheterogenität kann dadurch bewältigt werden, dass in einem ersten Schritt versucht wird, die Maßnahmen zu Typen zu bündeln. Dies sollte anhand folgender Kriterien geschehen: Kernelemente, Dauer, Einbindung in die Unterrichtszeit, Praxisbezug, Durchführungsformen und Zielgruppen. Für diesen Schritt ist zunächst ein Angebotskatalog hilfreich, um sich einen Überblick zu verschaffen und eine erste Grobrasterung vorzunehmen. Hier würde sich u. U. eine E-Mail-Befragung der Maßnahmeträger anbieten, in der o. g. Kriterien genau beschrieben werden sollten. Daneben sollte eine Analyse der

Standortbedingungen vorgenommen werden, um unterschiedliche Bedingungen der Maßnahmen vor Ort zu identifizieren.

Zum zweiten ist dazu notwendig, das Handeln aller beteiligten Akteure vor Ort genau zu beobachten. Damit kommt einer explorativen Implementationsanalyse mithilfe von Fallstudien, in denen die Umsetzung unterschiedlicher Maßnahmen genau analysiert wird, eine zentrale Bedeutung für die Evaluation zu. Sie dient einerseits dazu, Maßnahmetypen zu ermitteln, die dann in die quantitative, kausale Wirkungsanalyse eingehen, und andererseits dazu, die Frage zu beantworten, wie die Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden, d. h. welche Akteure eingebunden sind und wie sie zusammenarbeiten, wie die Maßnahmen inhaltlich und formal gestaltet sind und wie die teilnehmenden Schulen und Jugendlichen ausgewählt werden. Dazu bietet es sich an, Interviews mit allen zentralen Akteuren vor Ort zu führen, also Vertretern der Schulen, der Arbeitsagenturen und der Maßnahmeträger. Die Anzahl der Fallstudien ergibt sich aus den vorab identifizierten Maßnahmetypen, den Schulformen, in denen sie angesiedelt sind, sowie den relevanten Standortbedingungen.

Im Anschluss an die Implementationsanalyse sollten die daraus gewonnenen Erkenntnisse zu den ermittelten Maßnahmewirkungen in Beziehung gesetzt werden. Denn nur so kann die Frage beantwortet werden, welcher Bestandteil der lokalen Umsetzungsbedingungen und der inhaltlichen Ausgestaltung zu den beobachteten Wirkungen geführt hat. Der Herausforderung der mangelnden Datenverfügbarkeit kann nur dadurch begegnet werden, dass die Daten für eine individuelle Wirkungsanalyse selbst erhoben werden. Zentrales Ziel dieser Analyse ist es, die kausale Wirkung der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung auf die geförderten Jugendlichen im Vergleich zu Nicht-Teilnehmern zu ermitteln oder aber die Wirkung unterschiedlich ausgestalteter Maßnahmetypen miteinander zu vergleichen. Letzteres erscheint angesichts der Tatsache, dass es bundesweit kaum mehr „reine Kontrollgruppen“ (ohne irgendeine Maßnahme mit ähnlichen Zielen) geben dürfte, realistischer.

Dazu muss zunächst eine Stichprobe von Schulen gezogen werden, an denen die unterschiedlichen Maßnahmen stattfinden. Ziel muss dabei sein, einerseits die Vielfalt der Rahmenbedingungen abzubilden (z. B. Bundesländer, Schulformen, Schülerstruktur, Ausbildungsmarkt) und sich andererseits auf bestimmte, im Rahmen der Implementationsanalyse identifizierte Maßnahmetypen zu beschränken, die in ausreichender Fallzahl für quantitative Analysen vorliegen.

In dieser Stichprobe kann anschließend eine standardisierte Befragung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Schülerinnen und Schülern ohne Teilnahme an den teilnehmenden Schulen sowie Schülerinnen und Schülern an nicht teilnehmenden Schulen durchgeführt werden. Um genug Fälle vergleichbarer Personen aus allen drei Gruppen zu erzeugen, sollte die Kontrollgruppe relativ groß geschnitten werden. Um die für die Wirkungsanalyse zentralen Informationen über den längerfristigen Verbleib der Jugendlichen erlangen zu können, müssen die Jugendlichen wie-

derholt befragt werden, anfangs noch im Klassenverband, später dann mit (telefonischen) Individualinterviews. Diese Befragung sollte über mindestens 1,5 Jahre nach dem Verlassen der Schule fortgeführt werden, um den Übergang in Ausbildung zu erfassen. Gleichzeitig heißt dies natürlich auch, dass der individuelle Maßnahmeeffekt - zumindest in einer zentralen Zieldimension - erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung ermittelt werden kann.

Die Inhalte der Befragung richten sich an den Zielen der Evaluation aus: einerseits müssen die zentralen Zieldimensionen der untersuchten Maßnahmen abgebildet werden, insbesondere das Berufswahlverhalten (Relevanz, Informiertheit, Konkretheit und Realitätsgrad der eigenen Vorstellungen, Praxiserfahrungen, Netzwerke und Hilfe etc.) und später der Verbleib nach dem Verlassen der Schule. Andererseits müssen Informationen über alle diejenigen Faktoren erhoben werden, die zum einen die Auswahl der Maßnahmeteilnehmerinnen und -teilnehmer und zum anderen den Erfolg der Schülerinnen und Schüler in den angestrebten Zieldimensionen beeinflussen können, wie z. B. soziodemografische Merkmale, die Bildungsgeschichte und schulische Leistungen, die soziale Herkunft und die Unterstützung durch die Eltern, die Motivation zur Teilnahme am Programm, Einstellungen zu Ausbildung und Arbeit, soziale Kompetenzen und soziale Probleme. Im weiteren Verlauf der Befragung sollten diese Bereiche durch Fragen zum Maßnahmeverlauf, zur Zufriedenheit und zur Bewertung der Maßnahmen ergänzt werden. Dieser erste grobe Katalog sollte nach Möglichkeit durch Informationen ergänzt werden, die sich in der Implementationsanalyse als besonders relevant für den Erfolg der Maßnahmen erwiesen haben.

Die Daten der Teilnehmerbefragung lassen sich zunächst für die kausale Wirkungsanalyse der Maßnahmen hinsichtlich des Berufswahlverhaltens und des Übergangs in Ausbildung nutzen. Dazu sollten nach Möglichkeit geeignete ökonometrische Verfahren genutzt werden, die es ermöglichen, den Netto-Effekt der Maßnahmeteilnahme zu isolieren und alle anderen relevanten Einflussfaktoren zu kontrollieren. Weiterhin können Analysen zur Teilnehmerstruktur, zu ihrer Selektion, zu unterschiedlichen Maßnahmetypen und Formen der Umsetzung vor Ort sowie zu subjektiven Aspekten des Maßnahmeerfolgs durchgeführt werden, wie z. B. der Leistungsverbesserung, der Motivation der Schülerinnen und Schüler oder ihrer Zufriedenheit. Und schließlich lassen sich die Daten für eine ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse der Maßnahmen nutzen.

In unserem Konzept stellen wir auf die Möglichkeiten einer Evaluation mit Matching-Verfahren ab. Die Anwendung experimenteller Designs, bei denen aus der Gruppe potenzieller Teilnehmerinnen und Teilnehmer Personen nach dem Zufallsprinzip in eine Maßnahme zugewiesen werden, wäre in diesem Zusammenhang sicher sinnvoll. Die Evaluation müsste dann aber noch stärker bereits in die Planung der Maßnahmen einbezogen werden, was sich in der Praxis oft als unrealistisch erweist. Die ethischen Probleme einer solchen selektiven Zuweisung sind von geringerer Relevanz als die praktischen, da bei Modellprojekten die Teilnehmerzahl begrenzt ist

und ohnehin nach willkürlichen Kriterien (z. B. räumliche Zuordnung) entschieden wird, wer in den Genuss eines bestimmten Treatments kommt, sodass letztlich niemandem eine Leistung vorenthalten wird, die er ansonsten erhalten hätte.

Unabhängig von der gewählten Methode bleibt festzuhalten, dass der erforderliche Aufwand im Verhältnis zu dem zu erwartenden Erkenntnisgewinn bei einer solchen Evaluation sehr hoch ist. Letztlich hängt es daher von der Relevanz ab, die den Maßnahmen nach § 33 i. V. m. § 421q SGB III zugesprochen wird, ob der Aufwand als lohnend erachtet wird, um eine Evaluation durchzuführen. Um kosteneffizient zu arbeiten, könnte sich eine Evaluation auch auf einen oder wenige Maßnahmetypen beschränken, die quantitativ bedeutsam sind oder sich im ersten Schritt auf explorative Fallstudien beschränken, um dann zu entscheiden, ob sich vergleichbare Maßnahmen in ausreichender Fallzahl finden, um diese standardisiert zu analysieren.

5.3 Evaluationskonzepte ausgewählter Maßnahmen

In seiner Sitzung vom 22.04.2010 stimmte der Ausschuss II der Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit dem Vorschlag des IAB zu, zunächst an drei unterschiedlichen Maßnahmeformaten Evaluationen durchzuführen, bei denen Fragen der Implementation im Vordergrund stehen sollen. Die Bereiche Strategie/Weiterentwicklung/Arbeitsmarkt (SWA 1) und Spezifische Produkte und Programme SGB III (SP III 22) der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit sowie die Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen schlugen drei Projekte für die Evaluation vor. Die Auswahl erfolgte pragmatisch nach den Kriterien, dass die Maßnahme genügend Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sollte, um auch bei quantitativen Analysen Aussagen treffen zu können und dass sie eine hinreichende Dauer aufweisen sollten, um einen wahrnehmbaren Effekt zu erzielen.

Die Wahl der Fachabteilungen fiel auf das Projekt „Berufsstart plus“ in Thüringen sowie die Maßnahmen „Berufsorientierungscamps“ und „Duales Orientierungspraktikum“. Die beiden zuletzt genannten sind Bestandteil des Programms „Zukunft fördern – vertiefte Berufsorientierung gestalten“ in Nordrhein-Westfalen. „Berufsstart plus“ steht für einen sehr komplexen Maßnahmetyp mit aufeinander bezogenen Interventionen und einer längeren Laufzeit. Die Berufsorientierungscamps repräsentieren den Typus der Campformate, von denen es im Rahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung mehrere gibt. Im Unterschied zu den Camps beispielsweise steht das duale Orientierungspraktikum für Projekte, die sich nicht überwiegend auf benachteiligte Jugendliche beziehen und die auf eine Hochschulausbildung gerichtet sind. Im Folgenden stellen wir die Projekte und die Konzepte für ihre Evaluation vor. Im Oktober 2010 hatten die drei Evaluationsprojekte die Arbeit aufgenommen.

5.3.1 Berufsstart Plus

Projektbeschreibung

Das Projekt „Berufsstart plus“ in Thüringen ist ein Gemeinschaftsprojekt der Thüringer Handwerkskammern, der Thüringer Industrie- und Handelskammern, des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, der Agenturen für Arbeit in Thüringen und des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Finanziert wird es vom Freistaat Thüringen mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds und von der Bundesagentur für Arbeit.

In das Projekt sind ca. 14.000 Thüringer Schülerinnen und Schüler an 136 Thüringer Regelschulen und Gesamtschulen einbezogen. Wesentlicher Teil des Projekts ist der Einsatz von Berufsorientierungskoordinatoren an allen Berufsstartplus-Schulen. 26 Bildungsbegleiter der Thüringer Kammern unterstützen die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler ab Klasse sieben bis zum Übergang in eine Ausbildung darin, verschiedene berufliche Perspektiven zu entwickeln, geeignete Berufsfelder oder Berufe zu erproben, die Ausbildungsreife zu verbessern sowie gezielte Aktivitäten zur Umsetzung ihrer beruflichen Ziele anzubieten. Zum Schuljahresende noch unversorgte Bewerber erhalten in Zusammenarbeit mit der Berufsberatung und den Kammern geeignete Angebote.

Abbildung 4
Räumliche Verteilung der Maßnahmeschulen

Quelle: Eigene Darstellung.

Bereits ab der 7. Klasse beginnt die praxisorientierte Berufswahlvorbereitung in vielfältigen Berufsfeldern. Kompetenzdiagnosen und Berufsorientierungsbausteine werden in Bildungseinrichtungen und Betrieben eingesetzt. Bildungsbegleiterinnen und -begleiter der Kammern unterstützen den Prozess bis zum erfolgreichen Übergang in Ausbildung oder Arbeit. Sie werten die Ergebnisse der Kompetenzdiagnosen und der Orientierungsbausteine gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern, ihren Lehrkräften und Eltern kontinuierlich aus. Berufsziele werden konkretisiert, die dazu notwendigen schulischen Leistungen verdeutlicht und berufliche Eingliederungsstrategien differenziert.

Die prozessuale Begleitung (Coaching) durch die Bildungsbegleitung ergänzt die Bemühungen der Agenturen für Arbeit. Die Schülerinnen und Schüler kommen dort mit klar entwickelten Berufsvorstellungen und differenzierteren Beurteilungen in den Beratungsprozess. Damit kann sich die Berufsberatung stärker auf die Ausbildungsvermittlung konzentrieren. Die Betriebe erhalten durch die betrieblichen Bausteine ein Angebot zur Auswahl und Beurteilung von Ausbildungsplatzbewerbern, das weitaus differenzierter und Kosten sparender ist als die Auswahl nach schriftlichen Bewerbungen und Tests. Über dieses (erweiterte) Dienstleistungsangebot der Kammern sollen verstärkt auch Betriebe zur Ausbildung motiviert werden, die bisher nicht ausbilden.

Evaluationsdesign

Für die Evaluation dieser Maßnahme ist eine komplexe Untersuchung vorgesehen. Sie besteht aus einer Implementationsstudie, Wirkungs- und Standortanalysen. Da die Maßnahme insgesamt vier Jahre dauert, aber im Jahr 2012 Ergebnisse vorliegen müssen, soll die Evaluation in zwei Teilevaluationen durchgeführt werden. Zum einen soll eine Implementations- und Wirkungsanalyse durchgeführt werden, die die im Jahr 2010 beginnenden 7. Klassen (eine Klasse pro Standort) an 25 Schulen durch die ersten beiden Projektjahre begleitet. Die schriftliche Befragung umfasst Aspekte der Ausbildungsreife, die Vorstellungen über erreichbare Berufe und die Selbsteinschätzung der Jugendlichen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer (plus Kontrollgruppe) werden zu mindestens drei verschiedenen Zeitpunkten befragt: es wird eine „Nullmessung“ zu Beginn der Maßnahme durchgeführt, eine zweite Messung am Ende des Schuljahres und eine dritte Messung im 8. Schuljahr. Qualitative Befragungen zur Umsetzung und Bewertung im Rahmen der Implementationsstudie sind bei einer Teilgruppe von Schülerinnen und Schülern, jeweils einer Lehrerin bzw. einem Lehrer aus jeder beteiligten Klasse sowie den Verantwortlichen für die Orientierungsbausteine durchzuführen.

Zum anderen soll in der zweiten Teilstudie der Jahrgang, der 2010/2011 in der 9. Klasse ist, mit einer retrospektiven Befragung untersucht werden. Im Rahmen der Implementationsstudie werden die gleiche Anzahl Schülerinnen und Schüler bzw. Lehrerinnen und Lehrer qualitativ befragt. Zusätzlich werden diese Teilnehmerinnen und Teilnehmer (plus Kontrollgruppe) im Rahmen einer Verbleibsanalyse etwa ein halbes Jahr nach Schulabschluss (Winter 2011/2012) nach ihrem Berufs- und Bil-

dungsstatus befragt. Zusätzlich zu den jahrgangsspezifischen Befragungen werden überregionale Akteure, Programmverantwortliche an den Schulen, örtliche fachlich zuständige Personen in Arbeitsagenturen, bei Kammern etc. sowie Bildungsbegleiter und Bildungsbegleiterinnen der Kammern befragt, die mit einer der untersuchten Schulen zusammenarbeiten. Ebenfalls zu befragen sind Mitglieder der Steuerungsgruppe des Projekts.

Dieses komplexe Design soll sicherstellen, dass Implementations- und Wirkungsaspekte in die Evaluation einfließen, dass alle Jahrgänge des Projekts untersucht werden und dass gleichzeitig die Ergebnisse zu einem Zeitpunkt vorliegen, an dem die Politik über eine Verstetigung der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung diskutieren wird.

Ziele der Evaluation
Neben der Einschätzung zur Wirksamkeit von „Berufsstart plus“ im Hinblick auf die selbst gesetzten Ziele (Verbesserung der Ausbildungsreife, der Selbsteinschätzung der Jugendlichen und die Entwicklung realistischer Berufswünsche) sind detaillierte Aussagen zu Problemen und Verbesserungsmöglichkeiten von besonderem Interesse. Daraus sollen sich auch Aussagen über die für eine künftige praxisgerechte Berufsorientierung notwendigen Module ableiten lassen. Im Mittelpunkt der Implementationsstudie stehen die Kooperation zwischen den Akteuren, der Auswahlprozess der Jugendlichen und die Durchführung der Maßnahme selbst. Die forschungsleitenden Fragen lauten: Was fügt „Berufsstart plus“ dem üblichen Management des Übergangs Schule-Ausbildung hinzu? Wie funktioniert das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure? Welche Interessen verfolgen sie in „Berufsstart plus“? Gibt es Zielkonflikte? Was sind förderliche bzw. hinderliche Umsetzungsaspekte für das Gelingen der Maßnahme? Die Implementationsstudie wird im Wesentlichen aus Experteninterviews, Dokumentenanalysen und Auswertungen der Projektdatenbank bestehen.

Die Wirkungsanalysen beziehen sich auf die unmittelbaren Ziele des Projekts „Berufsstart plus“ und setzen an der individuellen Ebene an. Die direkten Wirkungen des Projekts umfassen folgende Aspekte: Verbessert sich die Selbsteinschätzung, gibt es eine klarere Berufsorientierung, werden erste Bewerbungsstrategien entwickelt etc.? Zusätzlich sollen für eine Stichprobe aus Abschlussklassen die Übergänge etwa sechs Monate nach Schulabschluss untersucht werden.

5.3.2 Berufsorientierungscamps

Zukunft fördern. Vertiefte Berufsorientierung gestalten
Die beiden anderen ausgewählten Projekte gehören zum Projekt „Zukunft fördern. Vertiefte Berufsorientierung gestalten“, einer Initiative, die Schülerinnen und Schüler an Allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen auf Ausbildung und Studium sowie auf die Möglichkeiten und Anforderungen der Arbeitswelt vorbereiten soll. Die Initiative wurde Ende 2007 von der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bun-

desagentur für Arbeit sowie dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Schule und Weiterbildung ins Leben gerufen und wird seit Anfang 2008 an Schulen in Nordrhein-Westfalen umgesetzt. Hintergrund ist das Rahmenkonzept „Berufsorientierung als Bestandteil einer schulischen individuellen Förderung“ des Ausbildungskonsenses NRW, dem die Landesregierung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sowie die Arbeitsverwaltung und die Kommunen angehören. Jede teilnehmende Schule schließt mit der für sie zuständigen Agentur eine Kooperationsvereinbarung zur Durchführung und Gestaltung der Zusammenarbeit im Feld der Berufsorientierung ab. Darüber hinaus sollen künftig verstärkt Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung durchgeführt werden.

Die Finanzierung des Projekts „Zukunft fördern. Vertiefte Berufsorientierung gestalten“ tragen die Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit und das Ministerium für Schule und Weiterbildung gemeinsam. Das Projekt „soll im Allgemeinen zur Erreichung folgender Ziele beitragen:

- Stärkung der vertieften Berufsorientierung in Nordrhein-Westfalen,
- Vorhalten eines landesweiten Angebotes für Schülerinnen und Schüler aller Allgemeinbildenden, weiterführenden Schulen,
- Steigerung der Berufs- und Studienwahlreife,
- Stärkung der Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung im Rahmen der Berufsorientierung,
- Öffnung und Stärkung der Eigenverantwortung von Schule, Einbindung in die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Die „Stiftung Partner für Schule“[8] ist mit der Organisation des Projektes betraut. Das Projekt beinhaltet zehn Module, aus denen die Schulen vor Beginn eines Projektjahres auswählen können und die mit unterschiedlich hohen Finanzmitteln gefördert werden. Für die Implementation der Module sind federführend die in Nordrhein-Westfalen flächendeckend ausgebildeten Studien- und Berufswahlkoordinatoren zuständig. Die Module sollen mit bereits bestehenden Maßnahmen verzahnt werden. Darüber hinaus ist die Umsetzung von „Zukunft fördern“ an den Projektschulen Teil der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern: Die Jugendlichen sollen ausgehend von ihrem jeweiligen Entwicklungsstand, von ihren individuellen Stärken und Interessen, also neigungsorientiert gefördert und unterstützt werden. Zur Umsetzung der meisten Module arbeiten die Schulen eigenverantwortlich mit externen Partnern zusammen, die sie frei wählen können.

Lag der Schwerpunkt im Anfangsjahr des Projekts (2008) auf der Förderung von Schülergruppen, die besonders große Schwierigkeiten mit dem Übergang von der Schule in den Beruf haben (insb. Schülerinnen und Schüler an Förder- und Haupt-

[8] Informationen zu dieser Institution finden sich unter http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/.

schulen, hat das Projekt in den Folgejahren die Module auch für andere Schülergruppen bzw. Schulformen geöffnet und sich stärker dem Themenfeld der Studienorientierung gewidmet.

Projektbeschreibung Berufsorientierungscamps
Mit der Maßnahme Berufsorientierungscamps, dem Modul 2 des Projekts „Zukunft fördern“, soll erreicht werden, dass den Schülerinnen und Schülern durch intensive Beschäftigung mit den Themen „Eigene Stärken“, „Ausbildung“, „Darstellung des Berufespektrums“ etc. eine über die schulischen Inhalte hinausgehende Unterstützung bei der beruflichen Orientierung und Entwicklung ihrer Berufswahlreife ermöglicht wird. Damit soll der Übergang von Schule in Ausbildung besser gelingen.

An den Berufsorientierungscamps werden im Jahr 2010 ungefähr 20.000 Schülerinnen und Schüler aus 456 Schulen teilnehmen. Die Zielgruppe besteht hauptsächlich aus Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe acht (in begründbaren Ausnahmefällen auch der Jahrgangsstufe neun), die vorwiegend aus Hauptschulen und Förderschulen kommen; bei Schulen mit Sekundarstufe II auch der Jahrgangsstufe zehn. An einem drei- bis fünf-tägigen Berufsorientierungscamp nehmen im Rahmen des Projektes jeweils mindestens 25 Schülerinnen und Schüler teil. Berufsorientierungscamps sind in der Regel praxisbezogene Fortbildungen für Schulklassen, die außerhalb der Schule stattfinden und von außerschulischen Trainern unterstützt werden.

Während der Teilnahme sollen die Jugendlichen sich selbst und ihre individuellen Stärken und Fähigkeiten entdecken, eigene Wünsche hinsichtlich einer persönlichen und beruflichen Zukunft formulieren sowie das berufliche Spektrum erweitern. Die Schülerinnen und Schüler lernen u. a. verschiedene Techniken zur berufskundlichen Recherche kennen, erkunden Berufsfelder in der Region und werden von Auszubildenden über Anforderungen des Berufslebens informiert. Weiterhin sollen individuelle Bewerbungsstrategien entwickelt sowie Sozial- und Teamfähigkeit trainiert und gefördert werden. Dabei werden unterschiedliche berufs- und erlebnispädagogische Methoden eingesetzt. Zum Abschluss des Berufsorientierungscamps stellen Schülerinnen und Schüler ihre Erkenntnisse vor. Der Camp-Charakter entsteht v. a. durch die Durchführung an einem außerschulischen Lernort und durch erlebnispädagogische Angebote wie Outdoor-Übungen und Teamerfahrungen. Zur abschließenden Auswertung und Reflexion können die individuellen Wünsche und persönlichen Stärken mit den Anforderungen der Wirtschaft an die Auszubildenden bzw. Studierenden von heute verglichen und zur weiteren Nutzung im Beratungsprozess der Berufswahlorientierung bereitgestellt werden.

Evaluationskonzept
Bei der Evaluation der Berufsorientierungscamps handelt es sich um ein komplexes Projekt, das mit einem Mix aus qualitativen und quantitativen Methoden die Umsetzung und die Wirkungen der Maßnahme untersucht. Die Erhebung verfolgt das Ziel zu untersuchen, inwieweit die direkten Maßnahmeziele erreicht werden, welche

Umsetzungsfaktoren erfolgsrelevant sind und welchen Einfluss Standortbedingungen auf die Durchführung und den Erfolg der Maßnahme haben. Es soll untersucht werden, inwieweit Berufsorientierungsmaßnahmen im Format eines Camps dazu beitragen können, die Jugendlichen in ihren individuellen Fähigkeiten zu bestärken, die Berufsorientierung zu forcieren und die Berufswahlreife zu erhöhen, so dass bestehende Möglichkeiten auf dem Ausbildungsmarkt besser genutzt werden können. Damit soll auch die Frage beantwortet werden, inwiefern das Modul 2 von „Zukunft fördern“ als sinnvoller Bestandteil des Dienstleistungsangebotes der Bundesagentur für Arbeit hinsichtlich der Berufsorientierung gesehen werden kann.

Für die Evaluation dieser Maßnahme ist eine Implementationsanalyse vorgesehen, die den gesamten Prozess begleitet und Analysen, die die unmittelbare Wirkung der Maßnahmen überprüfen sollen. Außerdem sind Standortanalysen durchzuführen, die die spezifischen regionalen Gegebenheiten abbilden.

Implementationsstudien
Im Mittelpunkt stehen die Kooperation zwischen den Akteuren, der Auswahlprozess der Jugendlichen und die Durchführung der Maßnahme selbst. Die Implementationsstudie bildet den Hauptteil der Untersuchung. Sie analysiert die Umsetzung und die Bewertung der Berufsorientierungscamps durch verschiedene Akteure auf der übergeordneten, örtlichen und der Maßnahmeebene. Die forschungsleitenden Fragen lauten: Wie funktioniert das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure? Was sind förderliche bzw. hinderliche Umsetzungsaspekte für das Gelingen der Camps? Das Untersuchungsinteresse bezieht sich auf die überörtliche Kooperation (Konzept, Finanzierung) ebenso wie auf die örtlichen Beziehungen (Auswahl von Schulen und Bildungsträgern) und die konkrete Umsetzung der Maßnahmen (Zuweisung von Schülerinnen und Schülern, Konzept der Maßnahme und ggf. weitere Bearbeitung der Maßnahmeinhalte in den Schulen).

Methoden der Implementationsstudie sind Dokumentenanalyse und Experteninterviews sowie qualitative Interviews mit teilnehmenden Schülerinnen und Schülern. In die Dokumentenanalyse sind alle Unterlagen einzubeziehen, die es zum Konzept der Berufsorientierungscamps, zu Kooperationen und Durchführung der Camps gibt. Diese Dokumente werden von den beteiligten Institutionen zur Verfügung gestellt.

Wirkungsanalysen
Die Wirkungsanalysen beziehen sich auf die unmittelbaren Ziele der Berufsorientierungscamps. Es wird unterschieden zwischen persönlichkeitsrelevanten Aspekten (Selbsteinschätzung, soziale Kompetenz) und Berufsorientierung im engeren Sinne (berufliche Ziele, berufliches Spektrum, Bewerbung). Da es nicht möglich und angesichts des noch weit entfernten Schulabschlusses auch nicht sinnvoll ist, Wirkungen im Sinne des Übergangs in eine Ausbildung o. Ä. zu erfassen, werden die direkten Wirkungen im Hinblick auf die Ziele der Camps mit einem Kontrollgruppendesign untersucht: Selbsteinschätzung, Sozialkompetenz, Kenntnis des in Frage kommen-

den beruflichen Spektrums und eigene Verortung in diesem Spektrum, Entwicklung erster Bewerbungsstrategien, Berufswahlreife.

Standortanalysen
Um kontrollieren zu können, inwieweit Standortfaktoren für die erreichten Ergebnisse von Bedeutung sind, sollen wesentliche Faktoren der jeweiligen Region und der jeweiligen Schule erfasst werden. Die 40 Standortanalysen greifen auf öffentlich zugängliche Daten z. B. zur Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur und zum Arbeitsmarkt zurück.

5.3.3 Duales Orientierungspraktikum – Studienorientierung schaffen[9]

Projektbeschreibung
Das Duale Orientierungspraktikum ist Modul 8 des Projekts „Zukunft fördern – vertiefte Berufsorientierung gestalten“ in Nordrhein-Westfalen. Es soll exemplarische Einblicke in die akademische Qualifizierung in einem spezifischen Studiengang und in eine berufliche Praxis ermöglichen, die mit dem entsprechenden Abschluss ausgeübt werden kann. Es soll Jugendliche der Sekundarstufe II dabei unterstützen, sich über weiterführende Bildungsmöglichkeiten zu informieren und kann dementsprechend exklusiv an Gesamtschulen und Gymnasien implementiert werden. Die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Dualen Orientierungspraktikum sollen vor allem die Schülerinnen und Schüler erhalten, die einem bildungsfernen Milieu entstammen und durch ihr soziales Umfeld bisher ein Studium nicht in Erwägung gezogen haben. Das Programm ist aber nicht ausschließlich auf diese Zielgruppe bezogen, sondern soll auch dazu beitragen, Schülerinnen und Schülern aus Akademikerelternhäusern Orientierungshilfen bei der Bewältigung des Übergangs nach dem Schulabschluss zu geben. Im Jahr 2010 werden voraussichtlich 40 Schulen in NRW das Modul 8 implementieren. Es sollen mindestens 20 Schülerinnen und Schülern pro Schule teilnehmen, so dass sich eine Summe von knapp 1000 partizipierenden Schülerinnen und Schülern ergeben wird.

Das Duale Orientierungspraktikum besteht aus zwei Elementen: Zuerst hospitieren die Schülerinnen und Schüler für die Dauer von einer Woche an einer Hochschule, in der sie mindestens einen Studiengang und verschiedene Aspekte eines Hochschulstudiums kennen lernen. Im Anschluss an die Hospitation in der Hochschule sollen die Schülerinnen und Schüler ein mindestens einwöchiges Betriebspraktikum in einem korrespondierenden, akademisch geprägten Berufsfeld absolvieren, innerhalb dessen sie die Anforderungen dieser beruflichen Arbeit kennenlernen sollen. Die für die entsprechende Schule zuständige Beratungsfachkraft der lokalen Agentur für Arbeit unterstützt die Schülerinnen und Schüler dabei, ein korrespondieren-

[9] Dieser Abschnitt greift auf die Leistungsbeschreibung für die Evaluation des Projekts „Duales Orientierungspraktikum“ zurück, die von Dr. Frank Bauer, IAB-Regional Nordrhein-Westfalen, erstellt worden ist.

des Berufsfeld zu identifizieren und dort einen Platz für ein Schülerpraktikum zu bekommen. Zur Reflexion ihrer Aktivitäten fertigen die Schülerinnen und Schüler einen Abschlussbericht an.

Die Ziele des Dualen Orientierungspraktikums sind auf einen Blick zusammengefasst folgende. Vorwiegend Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Milieus ohne den Wunsch ein Hochschulstudium aufzunehmen sollen in die Lage versetzt werden

- ein Studium als mögliche Option zu erkennen,
- sich mit mittel- und langfristigen beruflichen Optionen zu befassen,
- exemplarische Einblicke in einen Studiengang ihrer Wahl und in eine diesem Studiengang korrespondierende berufliche Praxis zu erhalten,
- Zusammenhänge und Unterschiede zwischen Studiengang und korrespondierender Berufspraxis zu erkennen und zu reflektieren,
- sich für einen gewünschten Studiengang zu entscheiden.

Evaluationskonzept

Beginnend mit dem Schuljahr 2010/2011 soll eine Evaluation des Dualen Orientierungspraktikums beginnen, die sich aus einer Implementationsanalyse und einer Wirkungsanalyse zusammensetzt. Die Wirkungsanalyse soll die kausalen Nettoeffekte der Maßnahme messen und ein Kontrollgruppendesign aufweisen. Zudem sind Standortanalysen durchzuführen, um die jeweils spezifischen, strukturellen lokalen/regionalen Gegebenheiten in die Evaluation mit einzubeziehen.

Implementationsanalyse

Die Implementationsanalyse zielt zum einen auf die Analyse und den Vergleich verschiedener Formen der Umsetzung des Modellprojekts. Dazu muss das Handeln (die Entscheidungs- und Begründungsprozesse) der einzelnen für die jeweiligen Modellschulen jeweils relevanten Akteure untersucht werden sowie die Formen der Kooperation verschiedener Akteure miteinander. Es gilt, die Frage zu beantworten, welche Formen der Umsetzung sich unterscheiden lassen. Ziel soll es sein, analytisch-konzeptionell begründet eine Bündelung verschiedener Typen von Umsetzungsformen vorzunehmen. Zum anderen hat die Implementationsanalyse auch das Ziel der Identifikation von Formen „guter Umsetzung“, also von solchen Umsetzungsformen, die besonders geeignet erscheinen, zum Erreichen der Ziele des Modellprojekts beizutragen. Von Bedeutung ist die Entwicklung eines Designs, das auch die Form der Zusammenarbeit der einzelnen Akteure in Betracht zieht.

Wirkungsanalyse

Das Modellprojekt ist explizit auf die Erreichung von Zielen bezogen. Dabei sind quantitative von qualitativen Zielen zu unterscheiden, da die Messung der Wirkung

der Maßnahme dabei verschiedene Messkonzepte erfordert. Zunächst lassen sich drei quantitative Ziele benennen:

- Bei Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II, die vor der Maßnahmeteilnahme keine Studierneigung hatten, soll durch die Maßnahmeteilnahme eine Studierneigung bewirkt werden. Diese Wirkung soll auch bei den Schülerinnen und Schülern erzielt werden, die aus einem bildungsfernen Milieu stammen.
- Bei Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II soll die Entscheidungsfähigkeit für einen Studiengang erhöht werden. Es soll also aufgrund der Maßnahmeteilnahme nicht nur abstrakt die Option „Studium" gewählt werden, sondern eine bewusste und begründete Entscheidung für einen bestimmten Studiengang getroffen werden können. Diese Wirkung soll auch bei Schülerinnen und Schülern erzielt werden, die aus einem bildungsfernen Milieu stammen.
- Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler sollen aufgrund der Maßnahmeteilnahme für den Fall, dass sie sich gegen ein Studium entscheiden, eine wohlbegründete Entscheidung für eine alternative Form der Berufsausbildung treffen können.

Um die Frage beantworten zu können, ob und in welchem Umfang die Maßnahme die beabsichtigte Wirkung erzielt, muss eine Kontrollgruppe gebildet werden, die keine vergleichbare „Behandlung" erhalten. Aufgrund der großen Selektivität der Maßnahme und der relativen Randständigkeit von Modellprojekten, die auf die Erhöhung der Studierneigung zielen, dürfte dies möglich sein. Die Kontrollgruppe muss der Gruppe der Maßnahmeteilnehmerinnen und -teilnehmer in relevanten, beobachtbaren Dimensionen möglichst ähnlich sein. Dies gilt für Fragen der Herkunft, der „Bildungsferne" der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie für die Frage der Studierneigung.

Auch qualitative Ziele des Modellprojekts sind klar umschrieben:

- Die Maßnahmeteilnehmenden sollen einen Einblick in einen von ihnen präferierten Studiengang erhalten, der wesentliche Grundzüge dieses Studiengangs für sie erfahrbar macht.
- Es soll ein qualifizierter Einblick in ein dem spezifischen Studiengang korrespondierendes Berufsfeld gelingen (korrespondierend ist dabei zu verstehen als typisch für die berufliche Wirklichkeit von Absolventen spezifischer Studiengänge).
- Besondere Bedeutung kommt zudem der gemeinsamen Reflektion der Eindrücke, die im Studium gewonnen wurden und denen des Berufspraktikums zu, damit diese nicht unvermittelt nebeneinander stehenbleiben. Diese Vermittlung wird von Lehrkräften einzelfallorientiert unterstützt.

Damit greift diese Studie ein anderes Thema und eine andere Zielgruppe ab als die beiden anderen, das aber dennoch eine wichtige Rolle im Bereich der Berufs- und Bildungsorientierung spielt und letztliche auch auf das Ausbildungssystem zurückwirkt.

6 Bewertung, Einordnung und Zusammenfassung der Befunde

Der vorliegende Bericht hat gezeigt, dass es sich mit den Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung allein schon durch ihre Quantität um einen bedeutsamen Ansatz handelt, der noch stärker als bislang präventive Gedanken in den Vordergrund stellt, um die Übergänge von Jugendlichen in Ausbildung und Beruf zu erleichtern. Dabei zeigt die Erhebung, die die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2009 durchführte, eine große Vielfalt bei allen denkbaren Dimensionen, so dass eine einheitliche Bewertung der Maßnahmen nicht möglich ist. Auch die Ziele, die der Ausgangspunkt einer jeden Evaluation sein müssen, divergieren so stark, dass sich hierauf keine einheitliche Betrachtung gründen lässt.

Die Alternative, die sich in dieser Situation anbietet, besteht darin, sich einzelne Maßnahmen bzw. Typen von ähnlichen Maßnahmen anzuschauen und einer systematischen Betrachtung zu unterziehen. In einem ersten Schritt wurden daher vorliegende Evaluationsberichte von Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung vorgestellt. Diese liefern wichtige Einsichten in das Funktionieren der Maßnahme und in die Bewertung durch Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder Betreuerinnen und Betreuer. Hinsichtlich einer wie auch immer verstandenen „Wirkung“ der Maßnahme haben sie jedoch allenfalls heuristischen Wert. Dennoch lassen sich aus ihnen durchaus einige Schlussfolgerungen ziehen, die für die weitere Diskussion von Belang sind: Grundsätzlich scheinen die Maßnahmen eine positive Wirkung zu haben, was die Tiefe der Auseinandersetzung mit dem Thema „Berufswahl“ angeht. Ein ebenfalls wichtiger Hinweis besteht darin, dass die Einbettung einzelner Maßnahmen in eine Bildungs- und Betreuungskette wichtig ist.

In einem nächsten Schritt haben wir Studien vorgestellt, die mit einem höheren wissenschaftlichen Anspruch angetreten sind als die zuvor erwähnten. Dies bezieht sich auf die aus unserer Sicht unabdingbare Trennung von Maßnahme und Evaluation, auf das Gesamtkonzept, das mehrere methodische Elemente kombinieren sollte und auf die verwendeten Methoden. Von diesen Studien hat bislang nur die Evaluation der Maßnahme „Abschlussquote erhöhen – Berufsfähigkeit steigern“ in Niedersachen Ergebnisse vorgelegt. Auch wenn wir es bei dieser Studie nicht mit einem strengen Kontrollgruppendesign zu tun haben, was angesichts der Konstruktion des Projekts auch nicht mit vertretbarem Aufwand möglich gewesen wäre, liefert uns diese Studie zusätzlich wichtige Hinweise. Diese beziehen sich zum Beispiel darauf, dass dieselbe Maßnahme für unterschiedliche Gruppen unterschiedlich wirkt: was bei Jungen funktioniert, kann bei Mädchen möglicherweise nicht funktionieren. Was schwachen Jugendlichen hilft, kann leistungsmäßig stärkeren Jugendlichen unter Umständen sogar schaden. Eine weitere wichtige Erkenntnis der Studie besteht darin, dass die Tendenz, Jugendliche in homogene Lerngruppen zusammenzufassen, um sie besser fördern zu können, eher das Gegenteil bewirkt, weil diese homogenen Gruppen insgesamt über weniger soziale und kognitive Ressour-

cen verfügen, so dass die Anregungsqualität der Umgebung leidet. Andere Punkte haben wir weiter vorn bereits dargestellt.

Die übrigen Studien befinden sich aktuell noch im Feld und werden ihre Ergebnisse im Verlauf des Jahres 2010 oder bzw. 2011 darstellen. Sie können dann einen wichtigen Beitrag für die weitere Fundierung der Diskussion um eine Fortführung der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung über 2013 hinaus leisten. Sie werden bis 2012 ergänzt durch die Studien, die die Bundesagentur für Arbeit bzw. das IAB neu ausgeschrieben haben und in denen ein Campformat, eine sehr komplexe Maßnahme, die über vier Jahre läuft und eine Maßnahme, in deren Mittelpunkt Praktika bzw. Hospitationen stehen, untersucht werden. Insofern gehen wir davon aus, dass eine politische Entscheidung im Jahr 2012 in höherem Maße „evidenzbasiert“ und mit einem breiteren Korpus an Erkenntnissen getroffen werden kann als dies aktuell noch der Fall ist.

Es könnte sich aber auch zeigen, dass mit diesen komplexen und aufwendigen Studien die Evaluation von Einzelmaßnahmen an ihre Grenzen stößt. Bundesagentur für Arbeit und IAB waren darauf angewiesen, für die aktuellen Evaluationen Maßnahmen auszuwählen, die durch die Art und Dauer der Intervention eine Chance bieten, dass auch ein wahrnehmbarer bzw. messbarer Effekt entsteht. Diese Maßnahmen lassen sich durch günstige Evaluationsergebnisse dann gut legitimieren. Es gibt aber auch Maßnahmen, die sich einer Evaluation entziehen, weil Wirkung nicht isoliert messbar ist. Beispielsweise ist nicht zu erwarten, dass eine zweistündige Kompetenzfeststellung nach zwei Monaten noch einen messbaren Effekt zeigt. Das heißt nicht, dass sie keinerlei Wirkung hat, sondern dass die Wirkung stärker vom weiteren Kontext abhängt, in den sie idealerweise eingebettet wird.

In Zukunft könnte eine Evaluation eher nach den Bedingungen vor Ort fragen, unter denen Übergänge in Ausbildung stattfinden. Die Frage wäre dann nicht: „Wie wirkt eine Maßnahme?“ sondern eher, welche Maßnahmen, welches Engagement, welche Kooperationen es an der Schule X oder in der Stadt Y gibt. Methodisch wäre dies gegenüber den jetzigen Designs nur eine relativ geringfügige Veränderung, die aber noch einmal einen deutlichen Erkenntnisgewinn bringen könnte. Untersuchungen wie „Abschlussquote erhöhen – Berufsfähigkeit steigern“, „Vertiefte Berufsorientierung und Praxisbegleitung“ oder „Berufsstart plus“ untersuchen bereits jetzt Kombinationen von Maßnahmen, die in umfangreiche Netzwerke eigebettet sind und eine biographische Kontinuität der Betreuung mit abgestimmten Inhalten umfassen.

Evaluation kann etwas darüber aussagen, ob bestimmte Maßnahmen oder Maßnahmekombinationen wirken, welche Wirkung sie genau erzielen und in welche Kontexte sie eingebettet sein sollten. Sie kann auch bestimmen, welche Akteure in welcher Weise am Übergangsmanagement von Jugendlichen beteiligt sein sollten und welche Jugendlichen dabei besonders in den Blick zu nehmen sind. Wieweit sich die Bundesagentur dabei allerdings finanziell engagiert und wie das Kooperationsverhältnis zwischen ihr und den Bundesländern, die im föderalen System für Bildung

zuständig sind, auszugestalten ist, wird weiterhin politisch zu entscheiden sein. Eine präzise Trennung, was Berufsorientierung im engeren Sinn und damit in der Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit ist und womit allgemeinere Sozialisations- und Bildungsziele verfolgt werden, was wiederum eine Zuständigkeit der Länder begründet, wird es auch nach den laufenden Evaluationen nicht geben. In jedem Fall sollte diese Frage im Sinn der betroffenen Jugendlichen und ihrem Interesse an einem gelungenen Übergang ins Berufsleben entschieden werden.

Literatur

Bach, Hans-Uwe; Dressel, Kathrin; Kleinert, Corinna; Spitznagel, Eugen (2009): Frühzeitige Berufsorientierung. Lässt sich eine Beitragsfinanzierung rechtfertigen? In: IAB-Forum 1/2009, Nürnberg.

Baethge, Martin; Kupka, Peter (2005): Bildung und soziale Strukturierung. In: Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg; Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München ; Internationales Institut für empirische Sozialökonomie, Stadtbergen (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 177-209.

Bundesinstitut für Berufsbildung (2010): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Bonn.

Bitterlich, Melanie; Groß, Dirk (2007): Unveröffentlichter Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung: Aktionsprogramm zur Eingliederung von benachteiligten Jugendlichen im Übergang von Schule – Ausbildung – Beruf im Landkreis Saarlouis.

Deutscher Bundestag (2007): Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch - Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen. BT-Drucksache Nr. 16/5714 vom 19.06.2007, Berlin.

Czerwenka, Kurt; Voßhage-Zehnder, Maren; Graetsch, Julia (2008): Unveröffentlichter Abschlussbericht zur Leuphana Sommerakademie 2008. Institut für Schul- und Hochschulforschung. Lüneburg/Harburg.

Czerwenka, Kurt (2008): Unveröffentlichter Evaluationsbericht zur Leuphana Sommerakademie für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse 2008.

Dietrich, Hans (2008): Theoretische Überlegungen und empirische Befunde zu berufsvorbereitenden Bildungsangeboten der BA. In: D. Münk, J. Rützel, C. Schmidt (Hrsg.): Labyrinth Übergangssystem. Forschungserträge und Entwicklungsperspektiven der Benachteiligtenförderung zwischen Schule, Ausbildung, Arbeit und Beruf. Bonn: Pahl-Rugenstein, S. 68-92.

inbas/DJI (2010): Berufsorientierung - Programm- und Projektbeispiele von Bund, Ländern, Kommunen und Stiftungen.
http://www.berufsorientierung.inbas.com/download/bo/bro_100326_brafo.pdf
(zuletzt aufgerufen am 25.10.2010).

Komm auf Tour. Ergebnisbericht Internetfassung. http://www.komm-auf-tour.de/fileadmin/pdf/Evaluationsbericht_Studie1_Kurzfassung.pdf
(zuletzt aufgerufen am 25.10.2010).

Kracke, Bärbel; Hany, Ernst; Behrens, Mandy; Schulze, Hendrikje (2009): Unveröffentlichter Zwischenbericht zur Evaluation von SKATinG (Studien- und Berufswahl mit Kultusministerium, Wirtschaftsministerium,Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer und den Arbeitsagenturen in Thüringen in Gymnasien). Erfurt, 17.08.2009.

Lappe, Lothar (Hrsg.) (2003): Fehlstart in den Beruf? Jugendliche mit Schwierigkeiten beim Einstieg ins Arbeitsleben. München: DJI-Verlag, Deutsches Jugendinstitut.

Lex, Tilly; Gaupp, Nora; Reißig, Birgit; Adamczyk, Hardy (2006): Übergangsmanagement: Jugendliche von der Schule ins Arbeitsleben lotsen. Ein Handbuch aus dem Modellprogramm „Kompetenzagenturen“. Übergänge in Arbeit, Band 7. München: DJI-Verlag, Deutsches Jugendinstitut, 153 S.

Overwien, Bernd; Schleich, Katharina (2008): ZUKUNFTSCAMP – FUTURE NOW 2008. Auswertung von Gruppeninterviews mit Jugendlichen zum Lernen im ZUKUNFTSCAMP in Nordrhein-Westfalen und Berlin-Brandenburg.

Preiß, Christine (2003):Jugend ohne Zukunft? Probleme der beruflichen Integration. In: Lappe, Lothar (Hrsg.) (2003): Fehlstart in den Beruf? Jugendliche mit Schwierigkeiten beim Einstieg ins Arbeitsleben. München: DJI-Verlag, Deutsches Jugendinstitut.

Rademacker, Hermann (Hrsg.) (1999): Hilfen zur beruflichen Integration. Beispiele und Empfehlungen zur Gestaltung kommunaler Berufsbildungspolitik. München: DJI-Verlag, Deutsches Jugendinstitut.

Schäffer, Erik; Göpfert-Divivier, Werner (2008): Aktionsprogramm „Übergang Schule – Ausbildung – Beruf im Landkreis Saarlouis“, unveröffentlichter Sachstandsbericht für das Jahr 2008. Saarbrücken.

Schweer, Thomas (2007): 14plus – Gesellschaftliche und berufliche Integration von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleituntersuchung aus den Jahren 2007 und 2009, unveröffentlichter Evaluationsbericht. Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e. V. an der Universität Duisburg-Essen.

Solga, Heike; Kohlrausch, Bettina; Kretschmann, Claudia; Fromm, Sabine (2010): Evaluation des Projekts „Abschlussquote erhöhen - Berufsfähigkeit steigern". IAB-Forschungsbericht 5/2010, Nürnberg, 128 S.

Solga, Heike (2005): Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Die Erwerbschancen gering qualifizierter Personen aus ökonomischer und soziologischer Perspektive. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

In dieser Reihe sind zuletzt erschienen

Nr.	Autor(en)	Titel	Datum
5/2009	Bach, H.-U. Gartner, H. Klinger, S. Rothe, Th. Spitznagel, E.	Die IAB-Prognose der kurzfristigen Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Eine Darstellung der Methode auf Basis der Sommerprognose 2008	8/09
6/2009	Fuchs, J. Mai, R. Micheel, F. Otto, A. Weber, B. Göttner, D.	Entwicklung des saarländischen Erwerbspersonenpotenzials bis zum Jahr 2020 mit Ausblick bis 2050: Methoden, Annahmen und Datengrundlage	9/09
7/2009	Noll, S. Heckmann, M. Rebien, M.	Erscheinungsformen und Ausmaß ungedeckter Arbeitskräftenachfrage in der Verlaufsperspektive	12/09
1/2010	Wuppinger, J. Rauch, A.	Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt im Rahmen beruflicher Rehabilitation: Maßnahmeteilnahme, Beschäftigungschancen und Arbeitslosigkeitsrisiko	1/10
2/2010	Lott, M.	Soziodemographische Muster der Qualifikationsstruktur von Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung	2/10
3/2010	Hirseland, A. Ramos Lobato, P.	Armutsdynamik und Arbeitsmarkt: Entstehung, Verfestigung und Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei Erwerbsfähigen	3/10
4/2010	Berngruber, A. Kaimer, St. Kupka, P. Steinke, J.	Machbarkeitsstudie Schultypisierung: Kooperationsprojekt IAB / BA-Zentrale (SPIII 22)	3/10
5/2010	Solga, H. Kohlrausch, B. Kretschmann, C. Fromm, S.	Evaluation des Projekts "Abschlussquote erhöhen - Berufsfähigkeit steigern"	4/10
6/2010	Bechmann, S. Dahms, V. Fischer, A. Frei, M Leber, U.	20 Jahre Deutsche Einheit: Ein Vergleich der west- und ostdeutschen Betriebslandschaft im Krisenjahr 2009	7/10
7/2010	Plicht, H.	Das neue Fachkonzept berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen der BA in der Praxis	7/10
8/2010	Dengler, K. Hohmeier, K.	Maßnahmesequenzen im SGB II: Eine deskriptive Analyse	8/10
9/2010	Haller; St. Wolff, J. Zabel, C.	Einstiegsgeld als Gründungsförderung: Teilnehmerstrukturen und Determinanten der Förderleistung	10/10

Stand: 08.11.2010

Eine vollständige Liste aller erschienenen IAB-Forschungsberichte finden Sie unter http://www.iab.de/de/publikationen/forschungsbericht.aspx

Impressum

IAB-Forschungsbericht 10/2010

Herausgeber
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufs-
forschung der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Str. 104
90478 Nuremberg

Redaktion
Regina Stoll, Jutta Palm-Nowak

Technische Herstellung
Jutta Sebald

Rechte
Nachdruck - auch auszugsweise -
nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Website
http://www.iab.de

Bezugsmöglichkeit
http://doku.iab.de/forschungsbericht/2010/fb1010.pdf

Rückfragen zum Inhalt an:

Peter Kupka
Telefon 0911.179 3121
E-Mail peter.kupka@iab.de